Breslauer  Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 15 Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 122. Mittag-Ausgabe. Achtundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Mittwoch, den 13. März 1867.

Deutschland.

O. K. C. Reichstags-Verhandlungen.

Berlin, 12. März.

11. Sitzung des norddeutschen Reichstages.

Eröffnung 10¼ Uhr. Die Tribünen sind gefüllt. In der Mittelloge der Kronprinz. Am Ministertische einige Bundescommissarien.

Nachdem der Präsident Simson von der Bewilligung einiger Urlaubsgesuche dem Hause Kenntniß gegeben, wird die allgemeine Discussion über den Verfassungsentwurf fortgesetzt, und erhält zunächst das Wort

Abg. Michaelis (Ueckermünde) (für die Vorlage): Sie werden nicht erwarten, m. H., daß ich dem letzten Herrn Redner auf das Gebiet folge, das er nur mit Mühe in diese Debatte hier hineingezogen hat. Auch fühle ich weder den Beruf noch die Neigung in mir, die Politik der preußischen Regierung in Hannover zu vertheidigen, zumal ich glaube, daß, wenn man rechtzeitig energischer und rechtzeitig milder aufgetreten wäre, man mehr erreicht haben würde. Bei dem großen Einflusse, den der Herr Vorredner in Hannover genießt, würde er übrigens wohl viel dazu beitragen können, um den Frieden wieder herzustellen, der zur Etablirung der vollen staatlichen Ordnung durchaus nothwendig ist. Aus den Debatten, die hier geführt werden, wird er wohl schon die Ueberzeugung gewonnen haben, daß wir fest entschlossen sind, einzustehen für die neuen politischen Gestaltungen, die durch die Ereignisse des letzten Jahres herbeigeführt worden sind. Er wird daraus wohl ersehen, daß die Zurückführung des Königs Georg in das Gebiet der phantastischen Träume gehört, deren Realisirung absolut unmöglich ist, und die man deshalb besser fallen ließe, um den Frieden und die volle staatliche Ordnung rasch wieder herzustellen. — Ich habe mich übrigens gefreut darüber, daß der Herr Vorredner sich kundgegeben hat als Kämpfer für die persönliche Freiheit, und ich hoffe, ihn in der neuen staatlichen Gemeinschaft, in der wir jetzt mit ihm stehen, in dieser Beziehung als Bundesgenossen begrüßen zu können. Eins jedoch wird für diese Bundesgenossenschaft noch maßgebend sein, die Frage nämlich, ob er mit voller Energie, wie für die persönliche Freiheit, auch für die unberechtigten Eigenthümlichkeiten der einzelnen Staaten eintreten will.

In der Debatte über den Entwurf ist mehrfach als Vorwurf hervorgehoben, daß er durch Zufälligkeit entstanden sei und in Folge dessen wenig systematische Ordnung zeige. Das Letztere mag richtig sein; der Entwurf ist hervorgegangen aus unserer bisherigen Geschichte, und wenn man die Geschichte eine Reihe von Zufällen nennen will, dann kann man auch sagen, daß der Verfassungsentwurf aus lauter Zufälligkeiten entstanden sei. Es liegt hier vor uns ein bestimmtes durch die geschichtliche Entwickelung begründetes System. Wir hatten vorher einen Zollverein, eine gemeinsame Institution für den Markt der Erzeugnisse des menschlichen Fleißes, die materielle Grundlage jedes Staatsgebietes. Weiter hatten wir nichts von gemeinsamer staatlicher Ordnung, nicht einmal die Gesetzgebung für den Markt war gemeinsam. Der Zollverein beruhte auf einer internationalen Einigung, die jedesmal auf 12 Jahre geschlossen wurde und nur sehr schwer zu reformiren war. Zur materiellen Grundlage eines Staates gehört aber außer der Marktgesetzgebung noch diejenige, die erst das Bewußtsein des Vaterlandes erweckt: die Gesetzgebung für die Heimathsrechte und die wirthschaftliche Freiheit, das Indigenat oder wie es ein Redner gestern genannt hat, das allgemeine deutsche Bürgerrecht. Um dieses herzustellen, ist der erste Schritt jetzt gethan in dem vorliegenden Verfassungsentwurf. Er richtet sich allerdings zunächst nur gegen die ungleiche Behandlung der Angehörigen der verschiedenen Staaten in andern Einzelstaaten; aber er begründet schon einen sehr erheblichen Fortschritt. Im preußischen Staate legt man schon jetzt der gewerblichen Niederlassung der preußischen Staatsbürger kein Hinderniß in den Weg; aber bei der Zulassung von Nichtpreußen und bei der Ermangelung der Ortsangehörigkeit derselben hatten bisher die Gemeinden ein souveränes Recht; es wurde dem Außerpreußen dadurch klar und fühlbar, daß er in Preußen selbst kein Vaterland hatte. Aehnliche Bestimmungen galten in Sachsen, Hannover ꝛc.

Die neue Bestimmung läßt allerdings noch Manches zu wünschen übrig und wir haben die Aufgabe, nach Kräften an der Weiterentwickelung des Entwurfs zu arbeiten; ist jetzt aus den Gründen, die wir gestern gehört, noch nicht Alles zu erreichen möglich, so nehmen wir den ersten Anfang der Grundlage zur Einheit, das volle gemeinsame deutsche Bürgerrecht wird sich daraus ergeben. — Es gehört jedoch noch mehr zur Gründung des Bewußtseins eines gemeinsamen Vaterlandes in der Masse: u. A. das freie Recht des Reisens nach allen Orten. Nach der bestehenden Gesetzgebung ist dieses Recht verschieden vertheilt an Leute, die einen guten Rock tragen und an Leute, die sich erst die Fähigkeit erwerben wollen, sich einen guten Rock anzuschaffen. Ich meine den Paßzwang, die polizeiliche Quälerei gegenüber den Handwerksgesellen und Arbeitern und glaube, daß sich der norddeutsche Bund nicht besser in das Bewußtsein der Masse einführen könnte als durch die Aufhebung des Paßzwanges. Ich weiß es in der That nicht anders zu nennen, als eine Vergeßlichkeit, daß unter den verschiedenen Zweigen der Gesetzgebung, die der Art. 4 der Competenz des Bundes zuweist, die Paßgesetzgebung ausgelassen ist und hoffe, daß diese Anregung ausreichen wird, diese Lücke zu ergänzen.

Durch den Entwurf werden für die Bundesstaaten aufgehoben verschiedene Steuern für Consumtionsgegenstände; es werden der gemeinsamen Gesetzgebung zugewiesen die Patentgesetzgebung, der Schutz des geistigen Eigenthums, die Emission des Papiergeldes und die allgemeinen Grundsätze des Bankwesens. Hierbei vermisse ich aber die Zinsgesetzgebung. Ohne Befreiung des Zinsfußes ist aber ein normalentwickeltes Bankleben unmöglich; und gerade durch einen Beschluß dieser Versammlung würde man am besten über die Schwierigkeiten hinwegkommen, welche in Preußen der Aufhebung der Zinsbeschränkungen noch immer entgegengestellt worden sind. — Im Entwurfe ist ferner Rücksicht genommen auf das Post- und Telegraphenwesen und das Eisenbahnwesen. Dieser Abschnitt aber thut meiner Meinung nach zu wenig in Feststellung der gesetzgeberischen Befugnisse des Bundes über das Eisenbahnwesen und zu viel in Feststellung der Tarife für die Eisenbahnen, wodurch eine rasche Entwickelung des Eisenbahnnetzes, die für das wirthschaftliche System von unendlichem Werthe ist, gehindert wird. — Um so unbegreiflicher finde ich es, daß diese Zweige der Gesetzgebung am ersten Tage unserer Verhandlungen mit Ironie und Spott behandelt worden sind und eine Gesetzgebung in Schutz nehmen, die seit langen Jahren der Gegenstand der Sehnsucht des deutschen Volkes gewesen ist. — Es ist richtig und nöthig, daß wir alle unsere Kraft aufwenden müssen gegen eine übermäßige Ausdehnung der Militärlast. Ich begrüße deshalb mit Freuden eine Gesetzgebung, die es leichter macht, die Militärlast zu tragen, indem sie die jährlichen Erträge des Fleißes der Bevölkerung um viele Millionen erweitert und das Verhältniß der wirthschaftlichen Kraft zu den militärischen Lasten günstiger gestaltet. — Ich bin allerdings mit dem Abg. Waldeck der Ansicht, daß lediglich auf diese Gesetzgebung hin ein staatliches Gebilde nicht zu bauen ist. Denn außer der Marktgesetzgebung ist nöthig der Schutz des Marktes und hierzu der Schutz der nationalen Unabhängigkeit nach außen. Und in dieser Beziehung acceptire ich das staatliche Gebäude, das uns nach dieser Richtung hin eine gesicherte Zukunft verspricht. Um es mit einem Worte zu bezeichnen: es ist der deutsche Staat der allgemeinen Wehrpflicht. Die allgemeine Wehrpflicht ist die Grundlage des Staates, welcher durch den Verfassungsentwurf constituirt werden soll, und es ist mir aufgefallen, daß in dieser Debatte noch nicht ein Wort darüber gesagt worden ist.

M. H.! Diese Versammlung hier selbst ist das Werk der allgemeinen Wehrpflicht. Die allgemeine Wehrpflicht ist eine unbesiegbare Waffe, weil sie auf der Culturentwickelung beruht (Beifall), weil sie eine Armee-Organisation hinstellt, welche die bürgerliche Gesellschaft in ihrer Gliederung, in allen Bestandtheilen des Heeres enthält, welche in sich faßt die ganze Kraft, die ganze Einheit und alle Mittel, welche die bürgerliche Gesellschaft in ihrer Gesammtheit aufzuweisen hat. (Beifall.) Es liegt ferne von mir, den Führern des letzten Krieges, welche uns so rasch zu glänzendem Siege geführt haben, zu nahe zu treten; sie sind in unserer Mitte und werden selbst Zeugniß ablegen können von der allgemeinen Wehrpflicht; sie werden selbst zugeben, daß ihre Dispositionen nur möglich waren im Vertrauen auf die nachhaltige Kraft der allgemeinen Wehrpflicht (Zeichen der Zustimmung von Seiten der Abgg. v. Steinmetz und v. Falckenstein); sie werden bezeugen, daß sie mit ihrer Tüchtigkeit nur hervorgewachsen sind aus der allgemeinen Wehrpflicht, auf welche wir Alle stolz sind. (Beifall.) Wenn nun der Herr Abgeordnete für Hannover gestern gesagt hat, daß ein so großes Heer in der Mitte von Europa eine permanente Bedrohung des Weltfriedens sei, so ist dies in gewisser Beziehung richtig; ich behaupte aber, daß gerade die allgemeine Wehrpflicht eine Garantie des Friedens ist. (Zustimmung.) Wenn wir nicht die allgemeine Wehrpflicht, sondern das Stellvertretungssystem hätten, wo eine Klasse zu den Waffen greift, die andere die Werke des Friedens übt, wo eine Klasse aus Ehrgeiz nach kriegerischen Erfolgen die Waffen ergreift, die andere die Lust hat, sie in den Kampf zu schicken, weil sie selbst nicht Theil daran nimmt, dann ist allerdings eine Bedrohung des Friedens vorhanden. Wenn aber die Wehrkraft den Interessen der Cultur angepaßt ist, dann ist eine solche Heeresmacht eine Garantie des Friedens. Wir sind groß genug, um uns zu schützen, um Deutschland nicht wieder zum Schlachtfelde Europa's werden zu lassen; wir sind aber auch culturfreundlich genug, um nicht selbst eine Störung des Friedens zu veranlassen. (Beifall.)

M. H.! Ich erkenne den Staat der allgemeinen Wehrpflicht an und bin mit vollem Herzen bereit, an seiner Gründung mitzuwirken und nehme alle Consequenzen auf mich. — Die nächste Consequenz ist die Feststellung des Präsenzstandes des Heeres auf 1 Procent der Bevölkerung vom Jahre 1867 an; das Princip der Contingentirung des stehenden Heeres; ich habe die Ueberzeugung, daß mit der allgemeinen Wehrpflicht kein anderes Princip vereinbar ist. Es giebt eine feste und sichere Grundlage für das Militär-Budget, und wenn es auf festen Ziffern beruht, so wird bei der steigenden Bevölkerung die Last im Verhältniß zur Bevölkerung leichter, und wenn es die Aufgabe des Staates ist, alle Wehrfähigen auch wehrkräftig zu erhalten, so wird mit der steigenden Bevölkerung die Präsenzzeit abnehmen. Je mehr wehrfähige Soldaten aber die militärische Schule liefert, um so mehr Lehrer werden wieder für die Schule gebildet, um so größer also wird die Zahl der Berufssoldaten. So liegt in der Contingentirung der Armee das Gesetz, daß mit der Culturentwickelung die Lasten der Landesvertheidigung lichter werden, indem die Schulzeit abgekürzt wird. — Die zweite Frage ist die über die Höhe des Procentsatzes. Ein Procent der Bevölkerung soll genommen werden nicht nach Maßgabe der arbeitskräftigen, sondern der gesammten Bevölkerung mit Weibern, Greisen und Kindern; wenn diese abgerechnet werden, so multiplicirt sich der Procentsatz, um das Doppelte, wenn man Frauen und Mädchen, um mehr als das Vierfache, wenn man Kinder und Greise abzieht. Ein Procent der Bevölkerung ist so viel, wie 4⅕ Procent der arbeitskräftigen männlichen Bevölkerung; mehr als der 25. Theil derselben wird also permanent herausgeschnitten und kann nicht ersetzt werden durch andere Arbeitskräfte. Auch die Arbeitskräfte der Zurückbleibenden werden keineswegs vermehrt, sondern noch vermindert werden durch die Ausschneidung jener, da sich diese theilweise auf jene stützen und durch sie ergänzt werden.

Aber es ist allerdings dabei zu bedenken, daß die politische Lage, in welcher der norddeutsche Bund im nächsten Jahre und in der nächsten Zukunft sich noch befindet, es nicht möglich macht, in der nächsten Zeit schon eine wesentliche Erleichterung der Militärlast herbeizuführen. Wenn wir den Staat aufrecht erhalten wollen, den wir zu constituiren im Begriffe stehen, und wenn wir das Ziel der Einigung von ganz Deutschland nicht aus den Augen verlieren wollen, so müssen wir noch Gewehr bei Fuß halten. Das erkenne ich an; gleichwohl wird die Friedensstärke der Armee ein wesentlicher Theil unserer ernsten Berathung und ein Gegenstand unserer ernsten Sorge sein müssen. Hierbei muß ich noch auf eine Unklarheit aufmerksam machen, die im Entwurfe enthalten ist. Es heißt darin, daß die Mannschaften der Marine den Einzelstaaten in Abzug gebracht werden sollen. Soll nun das Maß von 1 pCt. gelten für Heer und Marine zusammen oder nur für das stehende Heer? Eine nähere Aufklärung hierüber wäre durchaus wünschenswerth. — Die zweite Consequenz des Entwurfes kann ich aber nicht anerkennen; es ist die Feststellung des Pauschquantums für die Armeebedürfnisse; dieser Ausdruck scheint mir nämlich richtiger zu sein als die Bezeichnung Normalbudget. Indeß sind wir auch hierin durch die gestrige Verhandlung schon weiter gekommen; es ist zugegeben worden, statt des Pauschquantums eine Specialisirung des Etats, sowie daß die permanente Feststellung des Etats nur als Zwischenstadium betrachtet werden soll, als Uebergangsstadium zu dem von den Regierungen principiell anerkannten Ausgabebewilligungsrechte des Reichstages. Noch ein anderer Grund spricht gegen ein solches ein für alle Mal festgestelltes Pauschquantum. Wenn man dem Volke die schwere Last der allgemeinen Wehrpflicht und die schweren Kosten des Militär-Etats aufbürdet, so muß es Aufgabe der Gesetzgebung sein, immer und immer wieder diese Lasten und die Nothwendigkeit derselben in das Bewußtsein des Volkes zurückzurufen; und dies wird am besten geschehen durch die Berathung des Armee-Etats. Sonst wird das Volk entfremdet der Pflicht, die ihm obliegt, wenn es nicht selbst die Nothwendigkeit der Last einsieht. (Ruf: Sehr wahr.)

So liegt das parlamentarische System nicht blos im Interesse des Volkes und seiner Vertretung; es liegt erst recht im Interesse der Executive und der Staatsgewalt. Denn nur dadurch, daß man die Nothwendigkeit der Lasten einsieht und sie deshalb mit Freudigkeit auf sich nimmt, kann die Kluft zwischen Volk und Regierungsgewalt ausgefüllt werden, nur dadurch kann der gefährliche Gegensatz zwischen der alleinstehenden Executive und dem die Lasten tragenden Volke ausgeglichen werden, der, wenn er nicht gemildert wird, zu großen Erschütterungen führen kann. Das ist die wahrhaft conservative Kraft des parlamentarischen Systems, und hinfällig ist der Staat, dem diese Kraft nicht beiwohnt. (Beifall.) Ich bin nun freilich nicht der Meinung, daß wir im Stande sind, sofort einen fertigen, systematisch durchgearbeiteten Verfassungsentwurf herzustellen. Alle unsere Arbeit ist bloßes Stückwerk; wir können damit der Geschichte, der Zukunft nicht vorgreifen. Und wenn wir nicht das Vertrauen haben auf die politische Bildungskraft unseres Volkes, so ist alle unsere Arbeit vergeblich. Die Cultur, die Einsicht, die Großherzigkeit im Volke sind die Elemente, denen wir die Zukunft unseres Vaterlandes anvertrauen müssen. Unsere Aufgabe ist es, die Keime hierfür zu schaffen; wenn wir unserem Volke nicht die Kraft zutrauen, diese Keime zu entwickeln im Sinne nationaler Freiheit, dann verstehe ich nicht, wie wir uns für parlamentarische Verhandlung überhaupt noch interessiren können. (Beifall.)

Abg. Schulze-Berlin (gegen den Entwurf): M. H.! Wenn es darauf ankommt, dem deutschen Volke eine Gesammtverfassung zu geben, dann werden allerdings wesentliche Attribute ihrer Macht nicht blos von den Regierungen der Einzelstaaten, sondern auch von den einzelnen Landesvertretungen geopfert werden müssen. Ich freue mich aufrichtig, daß das Doppelgesicht, welches der Entwurf uns zeigt, nach einer Seite hin den Forderungen der nationalen Constituirung entspricht, nämlich in der Zusammenfassung der nationalen Kräfte nach außen hin, und die Bedenken, die gegen Einzelnes erhoben werden, sind auch in der That nur formaler Natur. Man kann die Stellung des Bundesfeldherrn immerhin als ein Bundesamt auffassen, das hindert nicht, daß thatsächlich die Uebertragung der Militärhoheit an die Krone Preußens stattgefunden hat, und damit bin ich einverstanden. Dagegen aber sollte die Feststellung der Rechte des Volks, namentlich des Budgetrechtes, eine billige Berücksichtigung finden, nach dieser Seite hin ist aber das Doppelgesicht des Entwurfes wenig zufriedenstellend. Die collegialische Executive, welche in dem Bundesrathe ihren Ausdruck findet, hindert die Einsetzung eines verantwortlichen Organs, und da in den Einzelstaaten selbst verantwortliche Regierungen bestehen, so ist nicht einzusehen, weswegen die Regierung in der constitutionellen Gesammtheit nicht eine verantwortliche sein sollte. Was hatte auch die volle Mitwirkung des Parlaments in allen Zweigen der Gesetzgebung noch an Sinn und Zweck, wenn nicht der Regierung die Verantwortlichkeit auferlegt werden kann, daß nach diesen vereinbarten Gesetzen, nach diesem gemeinschaftlich festgestellten Budget auch wirklich regiert werden soll? Was in aller Welt kann unsere Mitwirkung bei der Gesetzgebung uns nützen, wenn für die genaue Ausführung die Regierung uns nicht verantwortlich ist, die Verantwortlichkeit der Organe der Executive ist der Schlußstein des constitutionellen Systems; sie darf in demselben nicht fehlen, ebenso wenig wie ein Rad in einer Maschine fehlen darf, wenn dieselbe nicht gerade da, wo es gilt, den Dienst versagen soll. (Sehr richtig.)

Spricht man uns aber von den Schwierigkeiten, die der Einführung der Ministerverantwortlichkeit angeblich entgegenstehen, nun, m. H., dann meine ich doch, daß die gegenwärtige preußische Regierung bereits größere überwunden hat und demnach auch diese wird überwinden können. Freilich meint man auch, daß die Ministerverantwortlichkeit praktisch doch nicht wirksam sei, aber die Geschichte zeigt uns doch Beispiele, daß diese Verantwortlichkeit geltend gemacht worden ist und jedenfalls hat sie den Vortheil, daß sie zur rechten Zeit das Gewissen der Minister mahnt. Lehrt uns nicht die letzte preußische Geschichte, daß Staatsmänner sich gedrungen fühlen können, vom Amte zurückzutreten, weil sie scheuen, gewisse Maßregeln mit ihrer Verantwortlichkeit zu decken? Und wäre denn, wenn nicht wenigstens das Princip der Verantwortlichkeit in die preußische Verfassung aufgenommen wäre, das Indemnitätsgesuch der preußischen Staatsregierung erfolgt, das den Conflict mit der Volksvertretung schloß? Ist ferner nicht der Erfurter Verfassungsentwurf einer solchen Verantwortlichkeit schon näher getreten? Wohl gab es auch dort ein Fürsten-Collegium, in einzelne Gruppen zusammengefaßt, aber seine Befugnisse griffen nicht in die Executive über und beschränkten sich auf seine Mitwirkung bei der Gesetzgebung. Glaubt man denn nicht, daß es den Regierungen viel mehr Besorgniß gemacht hat, ihre Militärhoheit abzutreten, als ihnen je die Ministerverantwortlichkeit bereiten könnte? Alles drängt darauf hin, dadurch ein wirkliches Verfassungswerk zu schaffen und die Stellung der preußischen Regierung ist heute viel stärker als in Erfurt. Ueberdies wissen wir aus dem Schlußprotocoll, daß mehr als ein Vertreter der verbündeten Fürsten auf solche Concession selbst hingewiesen hat, und wie die Dinge heute liegen, werden die Regierungen gewiß begreifen, daß ihre Sonderexistenz im Kampfe gegen die Rechte der Nation am schlechtesten fährt.

Was nun den Militäretat betrifft, so glaube ich, daß der Ministerpräsident seine Forderungen nur für ein Uebergangsstadium stellt, und will über denselben deshalb nichts bemerken und lieber den Ausführungen des Vorredners über die allgemeine Wehrpflicht noch Einiges hinzufügen. Wenn die Gründung der Finanzkraft des modernen Staates auf eine allgemeine Steuerpflicht nothwendig dazu führen mußte, daß das Volk seine Mitwirkung für die Feststellung der Steuern in Anspruch nahm, so ist dies noch mehr der Fall bei der allgemeinen Wehrpflicht. Die Pflicht des Mitthatens in Militärangelegenheiten, die an Jeden herantritt, legt die Forderung des Mitrathens auch wahrlich nahe genug. Darin hat der Vorredner vollkommen Recht, wenn er sagt, daß die allgemeine Wehrpflicht das stärkste Bollwerk gegen den Absolutismus sei. Ja, meine Herren, wenn man uns in Süddeutschland früher oft vorgeworfen hat: Wir haben Verfassungen, Ihr Preußen, und Ihr habt ein Exercier-Reglement, dann habe ich dem Süden wohl zugerufen: Ohne unsere Wehrverfassung hättet Ihr alle Eure Verfassungen nicht bekommen; wir sind es gewesen, welche die Möglichkeit für Eure Verfassungen erst gegründet haben. (Bravo.) — Für das Budgetrecht finden sich in dem Entwurfe einige Andeutungen, die aber kaum über den Rang verkümmerter Ansätze sich erheben, unsere Aufgabe wird es sein, jeden Keim wirklichen Verfassungslebens, der in dem Entwurfe liegt, zu fördern und den Durchbruch des Rechtsstaats zu unterstützen. Unsere Forderungen sind bescheiden genug, trotzdem müssen wir uns von dem Vorsitzenden der Bundes-Commissarien den Vorwurf des parlamentarischen Particularismus gefallen lassen. Nun, meine Herren, was wollen wir denn, wir Liberale des preußischen Landtags? Doch nichts Anderes, als die Rechte, welche dem preußischen Landtage zustehen, der Gesammtheit des Bundes zu sichern. Es ist in der That ein etwas kühner Griff in die begriffsmäßige Unterscheidung, wenn man unsere Stellung als eine particularistische qualificirt.

Ich verweise auf die Adresse an den König, in der wir als Antwort auf die Thronrede bei Eröffnung des Landtags sagten, daß, wenn wir wesentliche Rechte opfern müßten, wir dagegen verlangen, diese Rechte der Gesammtheit gesichert zu sehen. Diese Kundgebung hat damals Niemand, auch die königliche Staatsregierung nicht, für Particularismus gehalten. Und wenn wir dies verlangen, weiß man denn nicht, daß der ganze Zug des alten deutschen Lebens und unsere ganze nationale Entwickelung auf die Schaffung eines Rechtsstaates hindrängt? Weiß man denn nicht, daß, wenn die Fundamentalsätze des Verfassungsstaates nicht zum Grundstein des Neubaues gemacht werden, die Einheit nicht gelingen, dagegen der Particularismus, den wir bekämpfen, gefördert wird? Wenn ein Gesammtstaat gegründet wird, dann ist doch eben seine Spitze von wesentlichstem Einfluß auf die Einzelstaaten. Wie können Sie den constitutionellen Einzelstaaten eine Spitze geben, die nach dem Absolutismus hinneigt! Wird sie nicht ganz unwillkürlich diese Tendenz auf die Einzelstaaten zu übertragen suchen, muß sie es nicht um ihrer eigenen Existenz willen? Schaffen Sie nicht mit so einander widerstrebenden Elementen mit Nothwendigkeit den Conflict und legen Sie so nicht in die Verfassung selbst den Keim zur Zerstörung des Gesammtstaates hinein? (Zustimmung.) Meine Freunde und ich werden gewiß der Schaffung des Gesammtstaates bis an die Grenzen des Möglichen entgegenkommen, aber darüber hinaus verlange man nichts.

Ich komme nun zu einigen Einzelheiten. Wenn der Vorredner dem Abgeordneten Waldeck vorwirft, daß er die materiellen Interessen geringschätze, so gehört blos eine geringe Kenntniß der parlamentarischen Geschichte Preußens dazu, um zu wissen, mit welchem Eifer Waldeck überall, wo ihm dazu Gelegenheit ward, diesen Interessen die Hand geboten hat. Es ist einfach ein künstlich herbeigezogenes Mißverständniß. Wenn Waldeck in der Art, wie er es gethan hat, von einem Zollparlamente sprach, so hat er damit sagen wollen, daß mit diesen materiellen Interessen allein, die ich, m. H., gewiß zu schätzen weiß (Zustimmung), die deutsche Sache nicht zum Ziele geführt wird. Er hat die Befriedigung des Rechtsbewußtseins der Nation verlangt und für die bloßen materiellen Interessen den Verfassungsapparat, der uns vorliegt, zu groß gefunden. Dazu hätte ein kleinerer genügt. Gewiß muß man die materiellen Interessen schätzen, sie sind die Basis des Culturlebens, aber das deutsche Volk verlangt auch ideale Güter und gerade das Festhalten an der Höhe der Idee, an dem es in der Reformation sich fast verblutet hat, weist Deutschland einen erhabenen Rang an und macht es, damit die Idee als Gegengewicht zu dem materiellen Interesse immer hochgehalten werde, zu einer europäischen Nothwendigkeit. (Bravo.) — Wenn der Abgeordnete Miquel meinen Freunden und mir zum Vorwurf macht, wir hätten in unserem langen Verfassungskampfe mit der Regierung wohl die nöthige Unbefangenheit der heutigen Lage gegenüber verloren, so habe ich ihn wenigstens verstanden (Ruf: Sehr wahr!); nun dann meine ich, von dem Abschluß jener Kämpfe braucht man es doch nicht abhängig zu machen, um gleich bis an die Grenze der Aufopferung wesentlicher Rechte zu gehen, und ich könnte dem Abgeordneten Miquel und seinen Freunden mit demselben Rechte vielleicht sagen, daß sie, die so lange Jahre hindurch im Kampfe mit dem Particularismus gestanden haben, der neuen Lage gegenüber auch nicht Anspruch auf die volle Unbefangenheit erheben könnten. (Sehr gut.)

Doch lassen wir diese Dinge, sie nutzen der Sache im Augenblick sehr wenig. Wir haben die Männer, die so gut wie wir in Preußen eine Geschichte haben, in den Verfassungskämpfen ihrer Länder mit Freuden begrüßt und gehofft, daß sie bei dem Ausbau der Verfassung uns eine wirksame Hilfe leisten werden. Ueber allen andern Rücksichten steht bei uns die Verpflichtung, große und wesentliche Rechte unseres Volkes und zwar Rechte, die es bereits besitzt (sehr richtig), nicht gefährden zu lassen. Man hat gut reden, die Nothwendigkeit von Compromissen hervorzuheben. Wie schließt man denn Compromisse? Gehen Sie doch in die Geschichte zurück, namentlich in die englische, wo man Compromisse doch nicht dadurch ermöglicht hat, daß die eine Partei schon bei Beginn des Kampfes nachgegeben hat, sondern dadurch, daß jede der Parteien so lange Stand hielt, bis beiden die Ueberzeugung kam, daß ein gegenseitiges Nachgeben das Gerathenste sei. Wer anders handelt, der compromittirt nur die Sache, für die er kämpft, und sich selbst. (Bravo!) — Dann, m. H., hat man in die Debatte eine Phrase hineingezogen, die mir die bedenklichste von allen scheint: durch Einheit zur Freiheit! diese Phrase ist gerade so richtig, wie die umgekehrte: durch Freiheit zur Einheit! Sie treffen beide nicht zu, wenn Sie die Situation in's Auge fassen und den Charakter des deutschen Volkes. Nicht auseinander, sondern nebeneinander und ineinander laufen in Deutschland die Wege der Freiheit und Einheit. (Zustimmung.)

Die Action nach außen, welche die Haupthindernisse der Einheit niederwarf, liegt hinter uns; jetzt liegt uns ob, die Früchte derselben durch Herstellung des inneren Landesrechtes zu sichern. Wir können aber diese Verfassungsarbeit nicht in so kurzer Zeit abmachen, wie unsere Feldherren ihre Feldzüge, und ich möchte bei dieser Gelegenheit auch das von der Locomotive gebrauchte Bild berichtigen. Es scheint allerdings, als ob vor unserer Victoria die vier Rosse abgespannt und die Locomotive vor den Siegeswagen gespannt wäre, mag es sein, aber vor den Verfassungswagen dürfen wir sie nicht spannen, sonst schaffen wir nicht auf die Dauer. M. H.! Die Constituirung Deutschlands ist eine Verrückung des Schwerpunktes in ganz Europa. Schwere Kämpfe stehen uns bevor und man soll deshalb wohl daran denken, was es gilt. Wenn der Einzelne in's Feld zieht, bestellt er sein Haus; soll man nicht ein Gleiches thun, wenn ein ganzes Volk in den Kampf eintreten muß? Geben Sie dem Volke, was es braucht und Sie werden bewirken, daß jeder Einzelne freudigen Muthes und mit dem vollen Bewußtsein dessen, was es

gilt, in den Kampf zieht. Geben Sie dem deutschen Volke in der Einheit die Hoffnung der Freiheit und die Einheit wird auf felsenfestem Grunde stehen. (Bravo!) Noch einen Punkt! Wenn Preußen bisher die ganze Schwere der Vertheidigung Deutschlands zu tragen hatte, so faßt es jetzt in der Centralgewalt die Kräfte des norddeutschen Bundes zusammen. Eine größere, schönere und ehrenhaftere Aufgabe ist nie an eine Regierung herangetreten, als jetzt an die Krone Preußen; aber möge sie sich klar machen, daß sie nie dauernde Wurzel in den Herzen des Volkes fassen wird, wenn dieses Volk nicht sehen wird, daß die Centralgewalt nicht blos der Hüter nach außen ist, sondern auch der Hort der Freiheit im Innern. Erst dann ist sie fest begründet.

Zum Schlusse wende ich mich an das Wort des leitenden Staatsmannes, daß wenn ihm in diesem Augenblicke nicht die Gründung des Bundes gelinge, er das Werk anderen Händen überlassen werde. Die Bedeutung dieses Wortes wird Niemand unterschätzen, aber ich erlaube mir doch, dagegen manchen bescheidenen Zweifel zu erheben. Jetzt fängt ja erst die große Aufgabe dieses leitenden Staatsmannes an. Sie können ihm großes Geschick in der Einleitung dieser Dinge zugestehen, aber die schaffende Idee ist erst in diesem Augenblicke zu verwerthen. Ich kann mir nicht denken, daß ein Mann von seiner Kühnheit und Energie jetzt sein Werk verlassen kann, er hat doch sonst nicht große Einsätze gescheut, wie käme er dazu, sie bei der Krönung des Werkes zu fürchten. Wenn aber doch, nun so steht das Werk selbst höher, als die Person; uns drängt die Nothwendigkeit, Preußen vorwärts zu bringen; stillstehen dürfen wir nicht, denn Stillstand heißt Rückschritt. Preußens Erfolge haben alle Machtstellungen verschoben, das ganze europäische Dynastienthum wankt und zittert und steht gegen uns auf der Lauer. Zurück können wir nicht mehr, vorwärts müssen wir, und wir haben dabei nur einen dauerhaften Bundesgenossen, das deutsche Volk. Sie wissen, daß dem Ministerium der moralischen Eroberungen das der That gefolgt ist, aber wenn das Ministerium der That jetzt nicht zu dem der moralischen Eroberungen wird, dann löst es seine Aufgabe nicht.

Die Zeit ist gekommen, solche Siege jenen des Schwertes anzureihen, darüber kommen Sie nicht hinweg. Wir sind ja nicht ein Volk, das wie unsere Nachbarn durch eitle Prestige geblendet wird, wir kämpfen um die Bedingungen unserer politischen und wirthschaftlichen Entwickelung. Dies muß der leitende Staatsmann begreifen, und thut er es nicht, so können wir ihm, nicht er uns das Mißlingen des Werkes zuschreiben. (Zustimmung.) Ihm ist Vieles und Großes gelungen, aber gelingt es ihm nicht, unter der jetzigen Gunst der Verhältnisse die Constituirung Deutschlands zu bewirken, dann sagen wir ihm: er verstand es wohl, den Geist zu beschwören, aber nicht ihn zu befriedigen. Eine Bürgerkrone schöner und ehrenvoller als je eine andere winkt dem Mann, aber sie wird ihm nicht zu Theil, wenn er diese Lösung nicht findet. Helfen wir ihm dazu, soweit wir können, aber wir können ihm nun und nimmermehr die Lösung zugestehen durch Preisgebung der Verfassung des preußischen Volkes. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Frhr. v. Zehmen (für den Entwurf): Man wirft uns einen specifisch sächsischen Particularismus vor, der sich vom norddeutschen Bunde loszumachen sucht; ich kann nur einfach erklären, daß diese Anschuldigung nicht begründet ist, und ich hoffe, daß Sie Alle und daß namentlich auch der Herr Abg. Braun, der uns gestern eine kleine Standpauke hielt, sich im Laufe der Zeit davon überzeugen werden. Im Gegentheil bin ich und meine Freunde mit dem guten ernstlichen Willen hergekommen, nach besten Kräften mitzuwirken daran, daß das norddeutsche Verfassungswerk seinen Abschluß erhält. Allerdings gehen wir dabei von der Erwartung aus, daß man nicht, wie das bei manchem der Herren Vorredner der Fall zu sein scheint, die Berathungen damit beginnt, daß man das Zustandekommen des Bundes selber negirt, daß man ein anderes Ziel, den Einheitsstaat, im Auge hat. In dieser Beziehung habe ich mich zunächst gegen den Herrn Abg. Waldeck zu wenden, der es offen ausgesprochen, daß er den Einheitsstaat wolle, der behauptet hat, daß die Bevölkerung auch außerhalb Preußens gleichfalls den Einheitsstaat wolle. M. H., ich muß dem mit Beziehung auf mein Heimathsland widersprechen. Das sächsische Volk will keine politische Selbstentleibung an sich vollziehen lassen. Aber es wird seine Verpflichtungen gegen den norddeutschen Bund erfüllen, denn es ist unser eigenes Interesse. Ich glaube auch nicht, daß das unbedingte Centralisiren im eigenen Interesse Preußens liegt; der Herr Präsident der Bundescommission hat das neulich selber erklärt, und seine Worte wiegen natürlich schwerer als die meinigen; aber dies Centralisiren liegt auch nicht im Interesse des norddeutschen Bundes, dem es vielmehr vor allen Dingen darauf ankommen muß, eine feste Rechtsbasis zu gewinnen.

Es liegt endlich nicht im Interesse der süddeutschen Staaten, denen bei einer weniger straffen Form die Annäherung an den Bund leichter gemacht wird. Wir sächsischen Abgeordneten haben allerdings eine eigenthümliche Stellung in diesem Saale und müssen um ihre Nachsicht bitten. Der Eintritt unseres Landes in den Bund erfolgte nicht nach seinem freien Willen. Ich bekenne es ganz offen, daß mir die Gründung des norddeutschen Bundes keine Lösung der deutschen nationalen Frage scheint. Allein weltgeschichtliche Thatsachen sind eingetreten, das Schwert hat gesprochen; wir müssen uns den Thatsachen unterwerfen. Mit dem Eintritt Sachsens aber in den Bund begründet sich eine Solidarität der Interessen zwischen uns und dem Bunde, die uns im Laufe der Zeit immer fester verknüpfen wird. Wir haben fortan eine feste politische Stellung, eine Stellung, die fortan ein Schwanken nach rechts und links nicht mehr zuläßt. Eine speciell sächsische Politik ist nicht mehr nöthig, weil sie keinen Zweck mehr hat; daß noch eine kleine Mißstimmung nach dem Kriege im Lande herrscht, nun, das müssen sie uns nicht übel nehmen, die Zeit wird auch diese Wunden heilen. Also darüber lassen sie uns kein Wort mehr verlieren.

In der Sache selber kann ich mich ziemlich kurz fassen. Betrachte ich ganz einfach die Thatsachen, auf Grund deren der norddeutiche Bund sich erbaut, so muß allerdings ein Gebilde entstehen, das in der Weltgeschichte noch nicht existirt hat. Wir haben hier einen Bundesstaat, dessen einzelne Theile weder gleiche Berechtigung noch gleiche Gewalt haben, wo ein einziger Staat mit 24½ Millionen 21 anderen Staaten mit 5 Millionen gegenübersteht. Gewisse Bestimmungen des Entwurfs ergeben sich demgemäß von selber, ergeben sich ferner aus der Natur eines Bundesstaates. Daß wir es hier vorzugsweise mit einer Reihe von Staatsverträgen zu thun haben, möchte ich an und für sich nicht tadeln. Ich bin vielmehr gerade mit Bezug auf diejenigen, welche gegen den Entwurf sich erklären, weil sie gewisse Bestimmungen der constitutionellen Schablone darin vermissen, also z. B. die Minister-Verantwortlichkeit, hier erklären, daß ich der Meinung bin, wer die Frage, was nach der Ablehnung des Entwurfes geschehen solle, nicht beantworten kann, daß der überhaupt die Ablehnung nicht verantworten kann. Allerdings glaube ich, daß die Competenz der Volksvertretung weit ausgedehnter sein müßte, als der Entwurf sie bietet. Freilich wird durch die gestrige Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten die Grundlage desselben sehr geändert. Viele meiner Bedenken, die ich Anfangs gegen den Verfassungs-Entwurf hatte, sind theilweise dadurch, theils durch die hier geführte Debatte schon jetzt geschwunden und ich hoffe, daß manche zweckmäßige Modification in den Entwurf noch hineingebracht werden kann, die sich bei der Specialdebatte näher herausstellen wird.

Abg. v. Mallinckrodt (gegen die Vorlage. Die Bänke des Hauses leeren sich. Graf Bismarck ist eingetreten): Mir liegt die Pflicht ob, auch einige Worte dem religiösen Gesichtspunkte zuzuwenden, mit dem wir an diese Berathung herantreten. Die katholische Kirche als solche dankt es dem hochseligen Könige, daß sie sich einer freieren Bewegung erfreut als selbst in Süddeutschland. Die Katholiken haben allerdings noch diese und jene Gravamina und hegen die Besorgniß, daß das ungünstige Verhältniß, in dem sie sich zur Gesammtzahl des norddeutschen Bundes befinden, von nachtheiliger Wirkung sein wird. Indeß wie es heute den Protestanten nirgends besser geht als in Baiern, so hoffe ich, daß auch wir Katholiken im norddeutschen Bunde diesem Zeitpunkte nicht ferne sind. — Mißlicher aber scheint es mir bei dieser Constituirung mit der allgemeinen Gerechtigkeit zu stehen. Ich halte es mit dem alten Satz: Justitia est fundamentum regnorum. Bisher habe ich jedoch bei den Thatsachen, auf Grund deren wir hier sind, diese justitia nicht zu finden vermocht und würde mich freuen, wenn mich Jemand von meinem Irrthum überzeugen wollte. Ich habe gerade gesehen, daß das Princip der Zweckmäßigkeit in der Politik Preußens Ausdruck findet. Die Belege dazu liegen nahe. In Schleswig-Holstein begann der Krieg um die Befreiung des Landes gegen die unberechtigte Herrschaft des dänischen Königs. In London wurde das Recht des Herzogs von Augustenburg behauptet; als dieser aber Bedenken trug, den Zumuthungen, die man an ihn stellte, zu entsprechen, bestritt man sein Recht, hütete sich aber wohl, das eigene Volk und den Bund entscheiden zu lassen. Ohne Krieg eignete sich Preußen das Land zu und leitete das Recht hierzu von dem nicht berechtigten König von Dänemark ab.

Ich halte das für schlimmer als nackte Eroberung, denn der Befreier wurde zum Vergewaltiger. In den deutschen Dingen sehe ich den weiteren glänzenden Sieg und die Verstärkung der preußischen Macht, aber auf der anderen Seite die Zerreißung des einzigen, wenn auch schwachen Bandes, das die ganze Nation umschloß und das Deutschland einen langen Frieden gegeben hatte. Ich sehe ferner die Abtrennung der österreichischen und niederländischen Bundesländer, ich sehe die Entthronung dreier Fürsten, die Confiscirung der freien Stadt Frankfurt und mehr oder minder die thatsächliche Mediatisirung sämmtlicher übrigen Fürsten, und das Alles ohne gerechten Anlaß. Preußen war nicht gedrängt zum Kriege. Seit Jahren war es bestrebt, jede Thätigkeit des deutschen Bundes im Keime zu ersticken. Es war die Krone Preußen nicht in der Defensive gegen den Bund, sondern umgekehrt der Bund und Oesterreich waren in der Defensive gegen das unberechtigte Vorgehen Preußens in den Herzogthümern. Vor dem Kriege herrschte überall die Ueberzeugung vor, daß das Unrecht auf Seite Preußens sei. (Ruf: Oho!) Die glänzenden Machterfolge haben die Stimmung allerdings wesentlich umgestaltet, so weit umgestaltet, daß sogar manche frühere heftige Gegner dieser Politik nur noch da zu sein scheinen, um den Triumphwagen des Siegers zu schmücken. Diese Stimmung reicht selbst in die ehemals feindlichen Länder hinein. Allein das bringt mich nicht gleichfalls dahin; ich halte fest an dem Recht, um der ewigen Gerechtigkeit selber. Ich folgere aus dem Siege nicht, daß der Sieger Recht hat, wohl aber folgere ich, daß der Gott der Schlachten seine sehr guten Gründe gehabt haben muß, um sich so zu entscheiden. (Heiterkeit.)

Ich halte fest an dem Satze, daß die Gesetze des Rechtes und der Gerechtigkeit auch für die Diplomaten und Staatsmänner obenan stehen. Allein wie es auch mit meiner rechtlichen Ueberzeugung stehen mag, ich muß mich auf den Boden dieser Thatsachen stellen. Auf diesem Boden habe ich die Zweckmäßigkeit des Verfassungsentwurfs zu prüfen. Der Herr Graf Bismarck erwähnte neulich der 600jährigen Leidensgeschichte Deutschlands. Ich glaube, die Zahl war wohl wohl nicht mit Vorbedacht so gegriffen, denn ich kann ungeachtet seiner lebhaften Apologie der gegenwärtigen Regierungszustände in Hannover unmöglich voraussetzen, daß die Vorliebe für das Faustrecht und die Abneigung gegen das Haus Habsburg bei ihm so groß sei, um die Leidensgeschichte Deutschlands von daher zu datiren, wo Rudolf von Habsburg die Burgen der Raubritter traf. Sein eigentlicher Gedanke steht wohl in Uebereinstimmung mit der Meinung, die auch manche Historiker ausgesprochen haben, und geht dahin, daß die Gesammtentwickelungsgeschichte Deutschlands mehr oder minder verfehlt sei während des ganzen tausendjährigen Bestehens des deutschen Reiches. Dieser Auffassung stelle ich die Auffassung desjenigen Staatsmannes gegenüber, der dem Parlamente von 1850 den damaligen Verfassungsentwurfe vorlegte. Der General v. Radowitz erklärt in einer seiner Schriften, er beklage die Zertheiltheit der deutschen Nation unter verschiedene Fürstenhäuser durchaus nicht; die reichen Ströme des deutschen Geistes hätten dadurch erst ihre rechte Verbreitung gefunden.

Gerade in dieser Thatsache liege die Mannigfaltigkeit des deutschen Geistes. Diese beiden Auffassungen zeigen gewiß ein sehr verschiedenes Verständniß der deutschen Geschichte. Es ist der Gegensatz des Einheitsstaates zum Bundesstaate, des Großpreußen zu Deutschland, der Union von 1850 zum Verfassungsentwurf von 1867. Damals wollte man nur den Bundesstaat, und es fehlte damals auch nicht an Bundesgliedern. Jetzt findet man eigentlich nur das alte Preußen mit etwas breiteren Schultern, stärkerer Taille und darüber den leichten deutschen Rock; aber etwas wesentlich Anderes als den Einheitsstaat kann man unmöglich beabsichtigen, sonst hätte man die Annexionen nicht vornehmen können. Ich unterscheide zwischen deutschem und preußischem Geist. Deutsche Mannigfaltigkeit und deutsche Freiheit sind Begriffe, die Jedermann leicht faßt. Reden sie aber von preußischer Mannigfaltigkeit, so ist die nicht da, die preußische Freiheit dagegen ist von jungem Datum und hält mitunter ein Schläfchen. Reden Sie aber von preußischer Ordnung, Disciplin, Uniform, so versteht das jedes Kind. Ich bin weit entfernt, nach der einen oder anderen Seite hin irgend einen Vorwurf aussprechen zu wollen, ich halte beide Richtungen für vollständig berechtigt, allein ich ziehe daraus den Schluß, daß eine gesunde Entwickelung die Berücksichtigung beider Geistesrichtungen zur wesentlichen Vorbedingung hat, und diese gleichartige Berücksichtigung ist nach meiner Auffassung nur möglich im eigentlichen Bundesstaate.

Im Einheitsstaate wird der preußische Geist sich in einer Weise geltend machen, daß er in den westlichen und noch mehr den südlichen Landestheilen eine Reaction hervorrufen wird, die entweder in dem Militär-Regiment oder in revolutionären Bestrebungen zum Ausdruck kommen wird. Trotzdem treiben wir dem Einheitsstaat unverkennbar entgegen. Diese Richtung hat durch die Annexion einen Vorsprung gewonnen, der kaum wieder zu beseitigen sein wird. Wenn aber im norddeutschen Bund dies bundesstaatliche Element nicht zum Leben geweckt wird, so wird der Süden in dies Verhältniß nicht eintreten können. Die Regierung hat allerdings keine auf den Einheitsstaat zielende Andeutungen gemacht, aber sowohl in der Presse wie hier im Hause sind Stimmen dafür laut geworden. Später hat man allerdings erklärt, man habe nur moralische Eroberungen gemeint, aber es wird ja stets so lange Frieden gepredigt, bis die Heere marschiren und dann findet sich immer das Publikum, das vollständig einverstanden damit ist. Deswegen glaube ich, daß der deutsche Einheitsstaat noch lange das Ziel des Strebens sein wird, kann aber nicht anerkennen, daß dies der Nation förderlich sei, ich sehe darin keinen Gewinn, sondern einen Verlust und werde daher, wie ich kann, dieser Richtung entgegentreten. Deshalb werde ich mich zwar den Bemühungen anschließen, den Entwurf im Sinne einer bundesstaatlichen Verfassung zu modificiren, und wenn dies geschieht, dem Entwurfe auch mit meinen Votum mich anschließen, muß aber allerdings gestehen, daß meine Hoffnung, dies Ziel zu erreichen, nur eine geringe ist.

Bundescommissar Graf Bismarck: Wenn ich die Behauptung des Herrn Vorredners, daß Preußen im vorigen Jahre einen Krieg gesucht hat, den es hätte vermeiden können, nicht anders als im Wege der einfachen Verwahrung zurückweise, so werden Sie, m. H., alle die Gründe begreifen, die mich abhalten, hier an dieser Stelle Wunden aufzureißen, die kaum vernarbt sind. — Da ich einmal das Wort genommen habe, will ich mich zweitens gegen das Zeitmaß verwahren, welches der Vorredner mir für die Ereignisse der deutschen Geschichte beilegt. Wenn ich neulich von einer 600jährigen Leidensgeschichte der deutschen Nation gesprochen habe, so ergiebt eine einfache Rechnung, daß der Anfang dieses Zeitpunktes hinter Rudolf von Habsburg zurückgreift; ich habe ihn vom Sturz der Hohenstaufen an gerechnet, und wie ich glaube, richtig. Der Herr Vorredner hat einen kleinen Seitenhieb zu Gunsten der Raubritter dabei einfließen lassen, M. H.! woher kamen denn die Raubritter? Von der Zerrüttung des deutschen Reiches, wie Sie wissen. Woher diese Zerrüttung? Vom Abfall der Welfen und dem Sieg der Ultramontanen! (Heiterkeit und Zustimmung.)

Abg. v. Vincke-Olbendorf (für die Vorlage): Mit freudiger Hoffnung betrete ich diese Stelle, da der Verlauf der bisherigen Debatte und die Erklärungen des Vorsitzenden des Bundespräsidiums zu der Hoffnung berechtigen, daß gerechte Bedenken gegen den Entwurf und billige Wünsche befriedigt werden, daß der Entwurf mit Majorität angenommen und der norddeutsche Bund in einer Deutschland befriedigenden und Europa imponirenden Weise zu Stande kommen wird. Die Feststellung des Militär-Etats für eine gewisse Reihe von Jahren ist unerläßlich, wenn Preußen in das Bundesverhältniß eintreten soll, nach der gestrigen Erklärung des Grafen v. Bismarck muß sie wenigstens für ein Uebergangsstadium gesichert sein. Er hat ferner die Vorlegung des Militär-Budgets nicht versagt. Für Preußen tritt mit dem Procentsatz des Entwurfs eine Erleichterung ein, die einer Verminderung der Armee um 13,000 Mann und einer Ersparung von 3 Millionen Thaler entspricht. Die Ziffer von 225 Thlr. pro Mann ist zwar höher, als sie nach dem Durchschnitt des letzten Militär-Etats sich belaufen würde; aber dieser Etat beruhte auf einer Ersparung von 2½ Millionen, die sich in Zukunft nicht wiederholen wird. Was die Mitwirkung des preußischen Landtags bei der Feststellung des Militär-Etats betrifft, so waren seine Anstrengungen für die Positionen, auf die sich die Kritik der Majorität warf, nicht nur fruchtlos, sondern wir müssen der Regierung noch dafür danken, daß sie gegen unser Votum handelte, sonst säßen wir nicht hier. Wären unsere Zustände so reif und fest wie die englischen, so läge diese Frage anders. Der Procentsatz und die 225 Thlr. pro Mann sollen nach dem Entwurf für 10 Jahre festgestellt werden, aber noch vor Ablauf dieses Termines wird die Regierung die Bewilligung des Reichstages nachsuchen müssen, sobald bei der fortschreitenden Theuerung die 225 Thlr. nicht ausreichen werden.

Abg. Schleiden (gegen die Vorlage): Wenn auch ich mich offen auf den Boden der gegebenen Thatsachen stelle, so spreche ich damit jedoch keineswegs aus, daß alles Geschehene auch auf rechtliche Weise geschehen sei. Mein Geburtsland Schleswig-Holstein muß es als eine Lebensfrage betrachten, ein lebendiges Glied des norddeutschen Bundes zu werden. Aber ich kann nicht dazu schweigen, wenn der Herr Graf v. Bismarck, den ich in diesem Augenblick leider nicht auf seinem Platze sehe, sich gestern von seiner lebhaften Phantasie und in der Erregung hinreißen ließ, von den Schleswig-Holsteinern zu sprechen, die der Herzog von Augustenburg bereit hielt, zum Gablenz'schen Corps zu stoßen. Ich will auf die Sache selbst in diesem Stadium der allgemeinen Discussion nicht näher eingehen, aber versichere ein- für allemal, daß, wenn in diesem Hause mein engeres Vaterland und der edle Fürst, in dem es seinen legitimen Vertreter sah, jemals angegriffen werden sollte, man mich stets, gestützt auf unbestreitbare Thatsachen, zu ihrer Vertheidigung bereit finden wird. Was den Verfassungsentwurf anlangt, so ist er eine an Widersprüchen reiche Arbeit. Der Abschnitt vom Bundesrath weist auf den Staatenbund hin, der Abschnitt vom Reichstage auf den Bundesstaat, der Abschnitt, der von den gemeinschaftlichen Einrichtungen handelt, auf den Einheitsstaat; Preußen figurirt in dem Entwurf in vier verschiedenen Eigenschaften: zuerst als eines von den Mitgliedern des Bundes, sodann ist sein König Präsident des Bundes und Oberfeldherr des Bundes, endlich tritt Preußen in dem Entwurf als der mächtigste Einzelstaat auf, der für sich allein eine Großmacht ist.

Das Richtige war, daß der König in dem Entwurf nur in seiner einzigen Eigenschaft als Oberhaupt des Bundes genannt wurde. Die Ursachen dieser Vermischung sind allerdings nachweisbar. In dem Frieden von Nikolsburg erstrebte Preußen nicht die Erhöhung der Reichsmacht, sondern, was man so oft als Oesterreichs erblichen Fehler bezeichnet hat, die Vermehrung seiner Hausmacht durch die Annexionen. An die Stelle des „Tu, felix Austria, nube!“ trat der Krieg und sein Erfolg. Diese Annexionen erschweren die Lebensfähigkeit des norddeutschen Bundes in hohem Grade. Dazu die innere Politik, auf die man die Worte des Marquis Posa anwenden kann: „wenn Sie, Sire, Ihr eigenes Land glücklich gemacht, verdienen Sie Beherrscher der Welt zu sein.“ Die Haltestelle an der Mainlinie sollte, wie der Abgeordnete Miquel zu meiner Freude nachträglich versichert hat, nur ein Bild des Friedens sein und nicht die Anwendung von Gewalt empfehlen. Aber wenn der Zug von der Haltestelle nicht so rasch weiterfährt, wie Sie es wünschen, so werden Sie unruhig werden und inzwischen Norddeutschland als Frühstück zu sich nehmen. (Unruhe.) Durch die Ereignisse des vorigen Jahres ist, das werden die Conservativen in diesem Hause zugeben, das monarchische Princip schwer erschüttert. Niemals hat eine Regierung von Gottes Gnaden das monarchische Princip so tief erschüttert, wie es die preußische gethan hat. (Heftige Unterbrechung. Präsident Simson: Ich will den Herrn Abgeordneten nicht unterbrechen, weil Sie, m. H., die Redner aus Ihrer Mitte ihm auf seine Aeußerung so antworten werden, wie es sich gehört.)

Was die Rechte des Reichstages betrifft, so können wir unmöglich über Rechte verfügen, die wir nicht besitzen. Im Artikel 4 steht nichts von der Armee und der Marine, die Feststellung des Procentsatzes und des Kostenaufwandes der Armee wird uns entzogen, allerdings nicht ohne gleichzeitig die Hoffnung auf bessere Aussichten für die Zukunft zu erwecken. Wenn nur bei dem „Transport“ der Rechte von den einzelnen Vertretungen auf die Gesammtvertretung nicht allzuviel verloren gehen möchte! Aber ich sollte meinen, daß, wenn das deutsche Volk für das allgemeine Wahlrecht reif ist, dann auch seine Vertreter, dem englischen Parlament und dem amerikanischen Congreß ebenbürtig, alljährlich den Militäretat feststellen können, ohne seine Einzelheiten albern zu bekritteln. Es fehlt ferner die Verantwortlichkeit der Bundesregierung. Alle diese Mängel trennen uns vom Süden; ist der einmal mit uns vereint, dann kann ich Ihnen mit Leichtigkeit sechs deutsche Fürsten nennen, die mit Freuden die Stellung von Pairs im deutschen Oberhause einnehmen würden. Kannte doch selbst der alte Bund wenigstens eine Austrägalinstanz. Die Colonisation von Bundeswegen zu organisiren ist kein guter Rath. Diese Idee gehört früheren Jahrhunderten an und wer die Welt jenseits des Oceans kennt, der weiß, daß es nicht Sache der Deutschen ist, Colonien zu gründen.

In Betreff der Marine warne ich vor zu großen Hoffnungen. Ich halte es für ein Glück, daß wir keine große Marine haben (Widerspruch), unser Handel wäre nie so groß geworden, wie er ist, wenn wir eine Marine gehabt hätten. (Erneuerter Widerspruch.) Sache unserer Nachfolger im Reichstage wird es sein, dafür Sorge zu tragen, daß sie dem nächsten Bedürfniß unseren Nachbarn gegenüber und zur Theilnahme an der Vernichtung der Piraterie genügt. Aber die wahre Aufgabe Preußens und des nordeutschen Bundes ist nicht, eine Seemacht ersten Ranges darzustellen, sondern die erste Großmacht zu Lande zu sein. Ich habe den Hansestädten zu lange angehört, um nicht von der neuen Flagge des Bundes zu sprechen, in der das Gold der deutschen Tricolore in Weiß verblichen ist. Sie hat noch nicht wie die preußische, die hanseatische, die französische wiederholt und wiederholt le tour du monde gemacht. Die Arbeit an dem neuen Staatswesen, das wir schaffen wollen, gleicht einer Chaussee-Arbeit. Im Anfang ist sie hart und unbequem, aber Jeder hilft an ihr mit, wie jeder Wagen, der Anfangs über den neuen Weg fährt, zwar die im Wagen Sitzenden schüttelt, aber dazu beiträgt, den Weg fest und fertig zu machen.

Bundescommissar v. Savigny: Der Herr Vorredner hat gesagt, daß er sich nicht zu entsinnen wisse, daß eine Regierung von Gottes Gnaden das monarchische Princip so verletzt habe, wie dieses von Preußen im verflossenen Jahre geschehen sei. Ich weise das als Commissar Sr. Majestät des Königs mit Entschiedenheit zurück. Se. Majestät der König hat seine ihm von Gott auferlegten schweren Pflichten so erfüllt, wie es ihm sein Volk, wie es ihm ganz Deutschland zu danken hat und damit hat er das monarchische Princip nicht erschüttert, sondern er hat es — so Gott will, noch lange Zeit — von Neuem befestigt, zum Ruhme seines Hauses, zum Wohl des von ihm zu begründenden Bundes. (Bravo.) Auf das, was der Herr Vorredner über die Marine gesagt hat, behalte ich mir vor, bei der Specialdebatte zu erwidern, und ich darf es sagen, ich freue mich auf diese Aufgabe. (Bravo!)

Abg. v. Bennigsen (für die Vorlage): Ich muß zunächst von den hannoverschen Verhältnissen und ihrer Beziehung zum norddeutschen Bunde sprechen. Zunächst habe ich mich gefreut, daß der Abg. v. Münchhausen im Namen der hannoverschen Particularisten erklärt hat, den Bund fordern zu wollen und ihm nicht mit einem Protest entgegengetreten ist. Er entsprach damit meiner Erwartung, ob auch der seiner Wähler und näheren Freunde, das möchte ich bezweifeln. Wahr ist es, daß der Ausnahmezustand in Hannover von uns schwer empfunden wird, und wenn der Graf v. Bismarck gestern seine Dauer bis zum 1. October in Aussicht stellte, so hoffe ich doch, daß er schon früher aufhören wird, wenn seine verbitternde Wirkung nicht weit über den 1. October hinausreichen soll. Ich gebe diese Hoffnung nicht auf, die nur durch das Verhalten der Particularisten zu Schanden werden kann, und nehme an, daß schon in einigen Monaten der regelmäßige Zustand in der hannoverschen Verwaltung wieder eintreten wird. Dabei setze ich aber voraus, daß die höheren Klassen, Adlige wie Bürgerliche, ihre Pflicht gegen ihr engeres Stammland wie gegen den großen Staat, dem sie jetzt angehören, besser erfüllen, als es bisher geschehen ist. (Sehr gut!)

Die Regierung aber möchte ich warnen, den Einfluß dieser Klassen nicht zu überschätzen und nicht ihretwegen Maßregeln zu ergreifen, deren Tragweite über den Ansatz hinausgeht und die Versöhnung auch nach dem 1. October erschwert. Ich wünsche lebhaft, daß sie mit den hannoverschen Abgeordneten beider Richtungen über die Schritte conferiren möge, die zu regelmäßigen Zuständen zurückführen.

Bei den Wahlen zum Reichstage, bei denen der Abg. v. Münchhausen kein Programm aufstellte, wurde in der ländlichen Bevölkerung Hannovers der Glaube genährt, der Reichstag habe die Aufgabe, die hannoversche Dynastie wieder herzustellen. Der Abg. v. Münchhausen mußte diese Umtriebe kennen, aber weder er noch seine Freunde sind ihnen entgegengetreten und den betreffenden Kreisen steht eine gründliche Enttäuschung bevor.

Die Discussion der letzten Tage hat bewiesen, daß wir uns bedeutend genähert haben und daß ein Scheitern unseres Werkes, das ich niemals fürchtete, unmöglich geworden ist. Es ist weder von Annahme en bloc noch von Verwerfung der Vorlage die Rede und fast Alle fühlen wir, daß wir die Schuld für ein solches Scheitern nicht auf uns laden dürfen. Der Entwurf der Verfassung des norddeutschen Bundes ist nicht das Werk einer großen Volksbewegung, sondern eines Bürgerkrieges; an der jetzigen Lage kann Niemand etwas ändern und auf eine neue Volksbewegung warten, hieße jahrelang warten und Jahre versäumen. Was Graf v. Bismarck gestern in günstigem und förderlichem Sinne für das Gelingen unserer Arbeit sagte, hat er doch ohne Zweifel im Einvernehmen mit der preußischen und den ihr verbündeten Regierungen gesagt. Mit Indignation hat er die Auffassung zurückgewiesen, als sei die Verfassung des Bundes dazu bestimmt, das öffentliche Recht zu vernichten. Aber die Lücke in Betreff der Rechte des Reichstages besteht fort, man hat nicht die Zeit gehabt, sie auszufüllen, sondern dies der Entwickelungsfähigkeit der Bundesverfassung und der Zukunft überlassen.

Die wohlwollende Aufnahme des Bundes bei den europäischen Mächten ist zur Zeit unzweifelhaft, weil sie bisher es vortheilhafter fanden, sich seiner Gründung nicht zu widersetzen. Aber wird diese Stimmung dauern? Dies ist ein starkes Motiv zum raschen Abschlusse unseres Werkes. Ueberwältigt von dem Eindrucke des Krieges, fand das Ausland nicht sofort Stellung; aber eines Tages wird es sich vom Erstaunen erholt haben.

Ebenso wie der Krieg hat dem Auslande das maßvolle und patriotische Verhalten der preußischen Staatsmänner imponirt, die nach dem Siege nicht neue Erfolge der Regierungsgewalt, sondern Indemnität suchten und fanden. Ich zweifelte persönlich nicht daran, habe mich aber doch darüber gefreut, daß auch dem Auslande der durchschlagende Beweis geliefert wurde, daß in Preußen nicht Parteimänner, sondern wahrhafte Staatsmänner regieren. (Beifall.) Wenn schon nach dem Siege so verfahren wurde, wie unwahrscheinlich ist es, daß jetzt in der viel schwieriger gewordenen Lage die Vernichtung der öffentlichen Rechte das Ziel der Regierung sein soll. Graf Bismarck wünscht die Verständigung und setzt sie voraus. Er hat die bemerkenswerthe Aeußerung gethan, daß, wenn sie nicht gelingen sollte, er seine Dienste zu Ausnahme-Maßregeln versagen würde. Wir können also annehmen, daß diesmal nicht vergeblich an dem Werke der deutschen Einigung gearbeitet wird.

Aber nicht richtig war seine Gegenüberstellung der unitarischen und particularistischen Partei in Bezug auf das Budgetrecht, als ob dies Recht eine Forderung des Particularismus wäre. Wie die Regierungen der Präsidialmacht, so haben die Landesvertretungen nur der Vertretung des Bundes Zugeständnisse zu machen, nicht der Regierungsgewalt im Bunde. Die Vorlegung des Budgets, die Vornahme von Aenderungen mit Zustimmung des Reichstages hat er zugesagt und das kann als Ausgangspunkt genügen. Die Frage ist, ob ein Ausnahmezustand für die Ausübung des Budgetrechts überhaupt nothwendig ist und wenn er es ist, so wird es möglich sein, den Gegenstand des Streites auf ein eng praktisches Gebiet zu beschränken.

Was Süddeutschland betrifft, so ist durch die Stuttgarter Conferenz der

Boden für eine Defensivallianz, ein Schutz- und Trutzbündniß bereits gesichert. Der Zollverein wird andere Organe der Verbindung mit dem Norden schaffen und ich würde mich wundern, wenn nicht in wenigen Jahren die süddeutschen Regierungen im Bundesrath, die süddeutschen Abgeordneten auf diesen Bänken säßen. Nordamerika hat sechs Jahre nach dem Kriege an seiner Verfassung gearbeitet: müßten wir nicht an uns verzweifeln, wenn wir nicht in weniger Zeit die Begründung Deutschlands vollendeten? (Lebhafter, allseitiger Beifall.)

Abg. Wigard (gegen den Entwurf): Wir haben noch Männer, die sich den gegebenen Thatsachen aus Patriotismus nicht unterwerfen und es wäre traurig, wenn die akademische Jugend in solchen Grundsätzen erzogen würde. Der Verfassungs-Entwurf hat das Uebermenschliche geleistet, die Gelehrten der Zukunft werden ihn anstaunen. Er enthält abschnittweise den Einheitsstaat, den Bundesstaat, den Staatenbund, den unverhüllten Absolutismus, Reglements, gesetzliche Bestimmungen, Criminalrecht — mehr kann man nicht verlangen. Aber ihm fehlen die Bürgschaften der verantwortlichen Regierung und des gesetzlich mitwirkenden Reichstages. Seine Annahme würde ein Rückschritt sein. Denn er begründet einen Absolutismus, von dem die deutsche Nation bisher nichts gewußt, einen Bund auf ewige Zeiten, der mit dem Süden nur internationale Verträge schließen kann, die Zerreißung Deutschlands in drei Theile. Statt der Grundrechte giebt er Eisenbahntarife. Ich habe einmal bei einem Volsvergnügen ein Transparent gesehen, darauf stand: Schön ist's für das Vaterland zu leben, zu sterben, aber schöner noch ein Glas Bier! Derselbe Geist spricht aus dem Materialismus des Entwurfs.

Abg. Gebert (für die Vorlage): Ich bin nun schon der dritte Sachse (Heiterkeit), der in dieser Debatte das Wort ergreift und doch bin ich mit keinem meiner beiden Landsleute ganz einverstanden. Allerdings bin ich der Ansicht, daß mir die gegebenen Verhältnisse, die Zeit, in der wir leben und die Zukunft, der wir entgegengehen, als Motive betrachten müssen, um den Verfassungsentwurf zur praktischen und rechtlichen Geltung zu bringen. Freilich fehlt Manches darin; so vermisse ich verschiedene constitutionelle Garantien ich vermisse eine verantwortliche Regierungsbehörde, die dem Reichstage gegenübersteht und kann durchaus nicht anerkennen, daß die Einrichtung einer solchen bedeutende Schwierigkeiten machen würde. Gerade die Schlußprotocolle zeigen, daß die meisten Regierungen eine ziemliche Bereitwilligkeit haben, in dieser Richtung den Ansprüchen des Reichstages nachzukommen. Ich vermisse ferner die ausgedehnte Competenz des Reichstages bei Bewilligung des Budgets, was bei den bedeutenden Militärlasten der einzelnen Staaten unumgänglich nothwendig ist. Die Lasten, wie sie in Aussicht genommen sind, sind für die kleinen Bundesstaaten so drückend, daß die Ertragung derselben kaum möglich und eine billige Ermäßigung geboten sein dürfte.

Das Bundesgericht halte auch ich für eine höchst ersprießliche, wünschenswerthe und einem constitutionellen Staate durchaus entsprechende Einrichtung. Für den Augenblick aber verspreche ich mir nicht viel davon. — Der Herr Ministerpräsident Graf v. Bismarck haben (Heiterkeit) in seiner gestrigen Rede, die man wohl mit Recht ein politisches Ereigniß nennen kann, Erklärungen gegeben, die ich mit dem innigsten Danke begrüßt habe. Erst von diesem Momente an habe ich mich unter Ihnen heimisch gefühlt. Wir Sachsen waren von Anfang an in einer ganz eigenthümlichen Lage; auf der einen Seite fürchteten wir den Einheitsstaat, auf der anderen Seite andere Gefahren. Unsere Stellung war eine schwierige, unklare und bedenkliche; und die Presse hat bereitwilligst ihr Möglichstes gethan, um uns als einen so recht sächsischen particularistischen Club darzustellen. (Große Heiterkeit.) Es ist eine Eigenthümlichkeit des sächsischen Volkes und wohl nicht die schlimmste, daß es mit Liebe und Treue hängt an seinem Vaterlande, daß es mit Liebe und Treue hängt an seinem Regentenhause bis in den Tod, daß es mit Liebe und Treue hängt an den constitutionellen Garantien, die es zum Theil schon seit 30 Jahren besitzt, und daß es diese bewahren und hinübertragen möchte in die Reichsverfassung. Das ist unser Particularismus.

Wir kleines Reichlein Sachsen haben alle ein Gefühl und einen Wunsch, nämlich hier Etwas zu Stande zu bringen. Handel, Gewerbe, Industrie, Speculation, Alles ist ohne Vertrauen und Alle wünschen einen consolidirten Zustand, und Alle wollen in dem, was hier geschaffen werden soll, erst Grund zum neuen Muth fürs neue Leben suchen. Suchen wir zu erlangen, was wir an constitutionellen Garantien zu erlangen im Stande sind; auch in dieser Beziehung habe ich mit inniger Dankbarkeit die Erklärung des Hrn. Grafen Bismarck gehört. Wir müssen dabei jedoch abwägen, welche Verantwortung schwerer ist, wenn wir im Beharren auf solchen Rechten unsere Arbeit nicht fertig machen. Ich wenigstens kann diese Verantwortung in meinem Gewissen nicht tragen — ohne jedoch irgend Jemand damit zu nahe zu treten. Machen wir deshalb das Werk fertig als Anfang zu der Constitution, die in nicht zu langer Zeit ganz Deutschland umfassen soll.

Abg. Heubner (gegen die Vorlage): Das Loos hat es zufällig gefügt, daß abermals ein Sachse jetzt das Wort erhält. Wir alle hängen mit Liebe an unserm sächsischen Heimathlande und wir Alle halten fest an constitutionellen Rechten. Trotzdem aber werden wir einen großen Theil der constitutionellen Rechte auf den Reichstag übertragen, mit um so größerer Freude, weil die eigene Verfassung Sachsens nicht mehr zu Recht besteht, sondern durch Verfassungsbruch aufgehoben ist. (Beifall links.) Auch ich habe den sehnlichsten Wunsch, daß etwas zu Stande komme, aber ich würde mich in meinem Gewissen gedrängt sehen, dagegen zu stimmen, wenn nicht wesentliche Umgestaltungen und Aenderungen hieran vorgenommen werden. Auch ich begrüße jeden Schritt mit Freuden, der uns zu einer wirklichen Bundesverfassung führen würde.

Ich bin weit entfernt, Traumgebilde in der Luft zu bilden; aber das ideale Ziel muß man niemals aus den Augen verlieren. Man muß sich allerdings auf den Boden der Thatsachen stellen, aber festhalten am Rechtsstandpunkt, und von diesem Standpunkte aus darf man die unveräußerlichen Rechte des Volkes nicht leichtsinnig Preis geben, um eines bloßen norddeutschen Bundes willen; ich würde es für schmachvoll halten, hier irgend ein Opfer der Freiheit zu bringen. — Redner polemisirt sodann gegen die Etablirung der Mainlinie, die eine noch größere Zerreißung Deutschlands herbeiführen kann, und meint, daß die Verfassung so eingerichtet werden müsse, daß die Süddeutschen leicht eintreten können.

Die Vertagung der Debatte wird abgelehnt.

Abg. Graf v. Galen (für die Vorlage) erklärt, daß er, obwohl er schon an allen Höfen Europa's gewesen und dort parlamentarische Reden gehört habe, doch heute seine Jungernrede halte, die jedoch bei der großen Unruhe des Hauses schwer verständlich ist. Er befürwortet die en bloc-Annahme und möglichst baldige Erledigung des Entwurfes und erzählt einige Episoden aus seinem Leben, wodurch er das Haus in eine sehr heitere Stimmung versetzte.

Die Vertagung der Debatte wird nunmehr angenommen.

Abg. v. Mallinckrodt zur persönlichen Bemerkung: Gegenüber der Erwiderung des Herrn Grafen v. Bismarck will ich nur die Thatsache anführen, daß das Jahr 1267 5 Jahre von dem Ende des Interregnums und mehr als 50 Jahre von dessen Anfang entfernt war.

Schluß der Sitzung 3 Uhr; nächste Sitzung Mittwoch, den 13. d. Mts., Vormittags 10 Uhr. T.-O.: Fortsetzung der Generaldebatte.

Griechenland.

Athen, 2. März. [Ueber die (bereits telegraphisch angezeigten) Erfolge der Candioten] hat das hiesige candiotische Central-Comite folgendes Bülletin nach dem „Osserv. Triest." veröffentlicht, dessen Inhalt auch von anderer Seite her bestätigt wird:

„Die Nachrichten aus den verschiedenen Lagern der Insurgenten reichen bis zum 12.—24. Februar. Der Entsendung des großherrlichen Commissars Servar Pascha und den Bemühungen Mustapha Paschas, Repräsentanzwahllen auf der insurgirten Insel zu Stande zu bringen, beschloß die candiotische Bevölkerung mit Flintenschüssen zu antworten. Die Sphakioten haben sämmtlich die Waffen ergriffen, und selbst die Verwandten und Anhänger Ziridoni's, der sich von vornherein für Mustapha Pascha erklärt hatte, zogen nach den östlichen Provinzen, um den insurgirten Brüdern Hilfe zu leisten. Ein türkischer Dampfer hatte auf Befehl Mustapha Pascha's 1000 Kilo Gerste für die Hunger leidende Bevölkerung des sphakiotischen Litorale's nach Sphakia gebracht, wurde aber mit dem Bedeuten zurückgewiesen, daß man lieber Hungers sterben als Geschenke vom Sultan annehmen wolle.

Am 30. Januar (a. St.) haben 5000 Türken unter Serkos Ali Pascha ein in starken Positionen stehendes Insurgentencorps angegriffen, mußten sich aber mit Verlust nach Kanea zurückziehen. In derselben und der nächstfolgenden Nacht fiel der tapfere Hadschi-Michali mit verhältnißmäßig wenig Begleitern in das türkische Lager ein und richtete dort große Verwirrung an. In seinem an die Generalversammlung gerichteten Rapport sagte dieser tapfere Führer: Das Frühjahr ist vor der Thüre; das Jahr hat für uns siegreich begonnen: wir sind voll Muth und Hoffnung, der Feind ist demoralisirt. (Folgen nun Berichte über mehrere seit dem 1. Februar stattgehabte blutige Gefechte, in denen die Insurgenten dem Feinde zwei Geschütze, eine Fahne, 100 Gefangene, 200 mit Proviant beladene Lastthiere abnahmen. Dann heißt es weiter:) Die von panischem Schrecken ergriffenen Türken von Rettimo wollten die unbewaffneten Christen daselbst ermorden; die europäischen Consular-Agenten waren genöthigt, sich in ihren Häusern zu verschanzen. Indessen wurde in der Stadt die Ruhe in Folge der Klugheit des türkischen Gouverneurs, der die Soldaten zu beschwichtigen wußte, nicht gestört.

Auch in der Provinz Messarà siegten die Christen bei St. Thomas. Die Türken verloren an Todten und Verwundeten bei 500 Mann. Die türkischen Behörden in Kanea sind aufs Aeußerste bemüht, Leute zu finden, die als Repräsentanten nach Konstantinopel gehen würden. Es will sich aber keine geeignete Persönlichkeit gewinnen lassen. Die ganze Insel protestirte."

Die kretensische General-Versammlung hat eine aus sieben Mitgliedern bestehende Regierung für die Insel ernannt, die auch bereits beeidigt wurde. Mustapha Pascha erwartet in Kanea Instructionen von seiner Regierung. Zwei Dampfer sind mit verwundeten türkischen Soldaten nach Smyrna abgegangen.

Amerika.

New-York, 6. März. [Dank an Cyrus Field.] Beide Häuser des Congresses nahmen einstimmig folgende Resolution an: Der Congreß spricht Herrn Cyrus Field für seine bei Einrichtung der atlantischen Kabelverbindung bewiesene Umsicht, seinen Muth und seine Entschlossenheit hiermit seinen Dank aus und beschließt, den Präsidenten zu ersuchen, eine goldene Medaille mit passenden Sinnbildern und Inschriften zum Geschenke für Herrn Field schlagen zu lassen und demselben mit einer Abschrift dieser Resolution auf Pergament im Namen des amerikanischen Volkes zuzustellen.

[Vertagung des Repräsentantenhauses.] Am Montag wird das Repräsentantenhaus — bekanntlich hat der 40. Congreß am 4. d. Mts. seine Session eröffnet — sich bis zum Mai vertagen. In der Zwischenzeit soll jedoch das richterliche Comite seine Untersuchungen betreffs der Anklage gegen den Präsidenten fortsetzen.

Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

Paris, 8. März. [Die Hinrichtung Lemaire's.] Heute Früh 6 Uhr wurde Charles Lemaire enthauptet, welcher am 25. Februar wegen des Mordes an der Wittwe Bainville, die sein Vater heirathen wollte, von dem Geschwornengerichte zum Tode verurtheilt worden war. Seit seiner Ueberführung nach La Roquette (dem Gefängniß für die zum Tode Verurtheilten) hat sich sein Benehmen durchaus nicht geändert; er zeigte fortwährend nur darüber Bedauern, daß er nicht auch seinen Vater habe umbringen können.

Nach einer seiner Mahlzeiten äußerte er lächelnd: „Na, also zwei Schüsseln, drei Desserts guter Wein! Für zwei Francs speist man im Palais Royal auch nicht besser; jedenfalls werde ich bei der Todtenbeschau hübsch fett sein."

Man erzählt sich, daß Sonnabend Nachts drei Personen leise in seine Zelle eintraten und vor seinem Bette stehen blieben. Man hoffte, durch diese Erscheinung seine Frechheit etwas zu dämpfen. Vergeblich! Ein lautes Lachen war seine ganze Antwort.

In Folge der Ermahnungen des Gefängniß-Geistlichen willigte er endlich ein zu beichten und soll Sonntag das Abendmahl genommen haben.

Seit mehreren Nächten schon sammelte sich eine große Menschenmenge auf dem Platze vor dem Gefängnisse, und als man endlich gestern Abend einen großen Wagen vom Père-Lachaise nahen sah, schlossen die Stammgäste dieser Art von Schauspielen sofort, daß man die Balken zum Schaffot auf demselben brächte. — Nur mit Mühe gelang es den Polizeisoldaten, die Neugierigen in der nöthigen Entfernung zu halten, so daß die Arbeiter ungestört das Gerüst aufschlagen konnten. Um Mitternacht begann die Aufstellung beim Scheine von Laternen, welche nur nach einer Seite Licht ausstrahlten und war um 3 Uhr Morgens beendet.

Während des langen Wartens, wozu sich die Menge in der bitter kalten Nacht selbst verurtheilt hatte, wiederholte man in den einzelnen Gruppen die stärksten Aeußerungen Lemaire's! „Mörder und Dieb kostet gleich viel .... Mein Vater will heirathen, ich werde ihm die Hochzeit schon einsegnen .... Das Schaffot ist der Probirstein des Muthes; ihr sollt sehen, ob es mir nur ein Zucken der Furcht entreißt."

Vier Uhr Morgens. — Die Menge ist in fortwährender Bewegung; die Polizei-Agenten sind kaum im Stande, die Ordnung aufrechtzuerhalten. Der Himmel ist klar und gestirnt. Eine Anzahl Leute in einer Ecke singt leise Klagelieder über die Strenge des Gesetzes, die gewöhnliche Leichenrede aller Mörder.

Um halb sechs Uhr wurde Lemaire geweckt und ihm gesagt, um was es sich handle. „Ah, das ist gescheidt", sagte er; „seit acht Tagen warte ich schon auf diese Stunde; das Eingesperrtsein ist zu langweilig." Dann stand er auf und bat, halb angekleidet, seinen Wächter, ein, wie er sagte, unaufschiebbares Geschäft vornehmen zu dürfen. Dieser Zug ist interessant: er vervollständigt diesen Menschen, dessen Benehmen während der ganzen Zeit von einer so cynischen Frechheit war.

Der Verurtheilte unterhielt sich einige Augenblicke mit dem Geistlichen und schritt dann ruhig zu der Henkers-Toilette. Während seine langen Locken unter der Scheere fielen, sagte er kaltblütig lächelnd: „Noch zehn Tage und ich wäre 20 Jahre alt." (Er ist am 18. März 1847 geboren.) — Obgleich blaß, strahlte sein Gesicht doch vor Freude und erhielt von Zeit zu Zeit durch ein Lächeln noch mehr Ausdruck. An Händen und Füßen mit Riemen gefesselt, die man wegen seines noch nicht ganz entwickelten Körpers eigens für ihn machen ließ, verließ er zwischen dem Geistlichen und dem Scharfrichter das Gefängniß. Alle Thüren und Gitter öffneten sich vor diesen drei Personen und schlossen sich sofort wieder mit einer gewissen Feierlichkeit und fast tactmäßig. Auf den Uhren des Gefängnisses schlug es sechs: der Verurtheilte war am Fuße des Schaffots angelangt, wo er den Geistlichen herzlich umarmte; das Crucifix jedoch, welches ihm dieser zum Kusse reichen wollte, stieß er mit den Worten zurück: „Lassen Sie doch diese Dummheiten." In diesem Momente durchlief ein Beben die Menge; fast Niemand sah, aber Jeder wußte, daß Lemaire den Fuß auf die erste Stufe setzte. Er stieg alle 13 zwischen seinen Begleitern keck hinauf. Endlich ward er auf der Plattform sichtbar und blickte rechts und links auf die unabsehbare Menschenmenge. Man zieht ihm seine blaue Blouse aus, dieselbe, mit welcher er bei der Verhandlung bekleidet war. Er geht ruhig zu dem verhängnißvollen Block und einige Secunden später fiel sein Kopf.

Lemaire wird immer ein psychologisches Räthsel bleiben; schon als Kind sagte er öfters: „Ich werde auf dem Schaffot sterben und mein Proceß wird großes Aufsehen erregen". Ein alter Trödler von Montmartre, welcher diese Worte hörte, rieth ihm, „die berühmten Fälle" und die „Geschichte des Bagno" zu lesen, da er glaubte, daß ihn dies auf andere Gedanken bringen werde. Aber Lemaire antwortete ihm: „Ich weiß, was die Gefängnisse und die Bagnos sind, dahin will ich nicht; wenn ich aber jetzt verurtheilt würde, würde man mich doch hin schicken. Ich werde also warten". Er hat wirklich gewartet und der 8. März hat ihm Recht gegeben. (W. Bl.)

Das 19. Stück der Gesetzsammlung enthält unter Nr. 6561 das Gesetz, betreffend die Regelung der directen Besteuerung in dem Fürstenthume Hohenzollern-Hechingen, vom 22. Februar 1867; unter Nr. 6562 das Gesetz, betreffend die Bestrafung der unbefugten Aneignung von Bernstein, und die Abänderung der Bestimmungen im Zusatz 228 des ostpreußischen Provinzialrechtes, vom 22. Februar 1867; unter Nr. 6563 die Verordnung, betreffend die Organisation der Verwaltungsbehörden in dem vormaligen Kurfürstenthume Hessen, in dem vormaligen Herzogthume Nassau, in der vormals freien Stadt Frankfurt und in den bisher baierischen und großherzoglich hessischen Gebietstheilen, vom 22. Februar 1867; unter Nr. 6564 den allerhöchsten Erlaß vom 22. Februar 1867, betreffend die Ueberweisung der Forste Treis und Ebsdorf hinsichtlich der darin vorkommenden Forst-, Jagd- und Fischerei-Frevel an das Justizamt in Fronhausen; unter Nr. 6565 die Verordnung, betreffend eine Ergänzung des für das Gebiet der ehemaligen freien Stadt Frankfurt bestehenden Gesetzes über das Verfahren in Strafsachen vom 16. Septbr. 1856, vom 25. Februar 1867.

M **Breslau**, 12. März. [Hausarmen-Medicinal-Institut.] Die Generalversammlung dieser wohlthätigen Anstalt fand im Conferenzzimmer des Rathhauses unter dem Vorsitze des königl. Hofrath Hrn. Dr. Pulst und im Beisein der Vertreter des hiesigen Magistrats wie der Freimaurerlogen statt. Der Hr. Vorsitzende erstattete den Jahresbericht, dessen Hauptmomente nachstehende sind. Seit dem Bestehen des Instituts ist dies der 64., seit der Leitung desselben durch den gegenwärtigen Vorsitzenden der dritte Bericht. Die Thätigkeit der Anstalt ist in dem abgelaufenen Jahre 1866 durch den Krieg und die Cholera-Epidemie in erhöhtem Grade in Anspruch genommen worden, doch hat Beides auf die Anstalt selbst eine nachtheilige Rückwirkung geübt. Die Zeit der Noth hat aber von den strengen Statutsbestimmungen häufig absehen und Hilfe durch das Institut an Orten erfordern und gewähren lassen, wo die Grenzen des Statuts übertreten werden mußten. Erfreulich war namentlich das immer sichtlicher hervortretende Vertrauen zu dem Institute. Auch der Verein zur Unterstützung der Familien der eingezogenen Landwehrmänner hat den Beistand des Instituts in Anspruch genommen, und es hat sich dasselbe durch die geleistete Hilfe sicher ein hohes Verdienst um die Commune erworben. Die meisten der dem Institute seitens des genannten Vereins empfohlenen Hilfsbedürftigen waren Frauen, die ihrer Entbindung entgegengingen. Darum hatten die beiden Hebammen des Filial-Instituts vollauf zu thun und es wurde ihnen daher eine außerordentliche Gratification von je 15 Thlr. bewilligt. Seit dem Januar d. J. fungirt an Stelle der aus Gesundheitsrücksichten zurückgetretenen Hebamme Frau Hempel die Frau Taube, Mühlgasse 24. Nach neueren gesetzlichen Bestimmungen darf von den Apotheken an die öffentlichen Wohlthätigkeitsanstalten wieder ein Rabatt gewährt werden und es haben sich sämmtliche Herren Apotheker verwilligt, dem Hausarmen-Med.-Inst. einen solchen von 25 pCt. wieder zu bewilligen. Für die nächsten drei Jahre wurde der vorgelegte Ausgabe-Etat von der Versammlung angenommen. Es fiel an das Institut ein Legat von 200 Thlr. von dem verst. Lampen-Fabrikant Aug. Ronge und wurde der hinterlassenen Wittwe für die Einsendung des Legates der schuldige Dank gesagt. An Patronen hat das Institut 29 mit einem Jahresbeitrage von 66 Thlr. gewonnen, so daß die Zahl derselben auf 95 mit einem Gesammtbeitrage von 266 Thlr. gestiegen ist. Durch den Tod und aus anderen Ursachen hat das Institut 2 Patrone verloren. Bei dem Filial-Institute für Entbindung hilfsbedürftiger Frauen beträgt die Zahl der Patronessen nach wie vor 12 mit einem Beitrage von 28 Thlrn. Die Einnahme pro 1866 betrug 2677 Thlr. 23 Sgr. 10 Pf., die Ausgabe durch einen seltsamen Zufall genau so viel als im Vorjahre, nämlich 1926 Thlr. 27 Sgr., und es konnten daher nach Reservirung eines baaren Kassenbestandes von 283 Thlrn. 8 Sgr. 11 Pf. noch 528 Thlr. 17 Sgr. 9 Pf. dem Instituts-Vermögen einverleibt werden, welches dadurch auf 41,713 Thlr. 14 Sgr. 2 Pf. gestiegen ist. An Kranken wurden 778 Personen ärztlich behandelt, d. i. 139 mehr als im Jahre 1865. Es genasen 629, wurden erleichtert 62, starben 61, verblieben 26 Personen. Unter den von dem obengen. Unterstützungs-Vereine Empfohlenen befanden sich allein 67 schwangere Frauen. Hierzu treten 21 Frauen des Filial-Instituts, zusammen 88 Frauen. Von diesen wurden 87 Kinder geboren, darunter ein Zwillingspaar, und Alle wurden mit der nöthigen Kinderwäsche versorgt. Alle 778 Kranke haben zus. 29,610 Verpflegungstage beansprucht, so daß auf Einen 38 Tage kommen. An Kosten kommen auf jeden Verpflegten im Durchschnitt 2½ Thlr. Das Verhältniß der Gestorbenen zu den Verpflegten ist 1:11½, dessen geringere Günstigkeit gegen die früheren Jahre der Cholera-Seuche zur Last zu legen ist. Zur Stärkung der Genesenden wurden 431 Pfd. Fleisch verabreicht. Den Herren Instituts-Aerzten sagt der Vorsitzende für die im vor. Jahre erhöhte Anspannung ihrer Kräfte den verdienten Dank. Nach diesem Berichte wurden die Rechnungen und Beläge einer genauen Durchsicht unterworfen und der Instituts-Verwaltung die vollste Anerkennung ausgesprochen, worauf dem Herrn Kassirer die Decharge ertheilt wurde.

△ **Breslau**, 8. März. [Kaufmännischer Verein.] Vorsitzender Herr Commiss.-Rath Dr. Cohn stellte der regelmäßigen Tagesordnung die Fortsetzung der Berathung über die Statutenänderung voran, welche nun auch zu Ende gebracht wurde. Nach einigen Debatten ging der Vorstandsentwurf durch und wurde auf Antrag des Herrn Weinhold beschlossen, um für die Zukunft einer so zeitraubenden Revision vorzubeugen, eine etwaige Aenderung den jetzigen Statuten als Nachtrag beizugeben. — Häufig treten an den Verein Anforderungen, welche denselben mit seinen pecuniären Mitteln, zu Unterstützungen aller Art, heranzuziehen beabsichtigen; es wurde daher der betreffende Paragraph, welcher von dem Fond des Vereins handelt, dahin präcisirt, daß derselbe nur zum Nutzen desselben verwendet werden soll. Endlich wurde die Bestimmung auf Vorschlag des Herrn Neugebauer aufgenommen, daß dem Vorstande überlassen bleiben soll, gesellige Versammlungen einzurichten, wenn sich das Bedürfniß in Zukunft herausstellen würde. — Zur Tagesordnung übergehend, wird Folgendes vorgenommen: Herr Director Dr. Steinhaus meldet dem Verein, daß das neue Schuljahr an der Handelslehranstalt am 4. April beginnt und die öffentliche Prüfung am 29. und 30. März stattfindet. Die Unterrichtsstunden für die Lehrlings-Abtheilung sind während des Sommersemesters auf Montag Abend 7½ bis 9½ Uhr, Dinstag und Freitag Früh von 6 bis 8 Uhr festgesetzt. Die Haltung der Schüler war eine zufriedenstellende und wird aus den Vereinsschülern Adolph Jelenkiewicz belobt. Auf Antrag des stellvertretenden Vorsitzenden der Schul-Commission Herrn Grüttner beschließt die Versammlung, für das beginnende Schuljahr gegen den Betrag von Einhundert Thalern die fünf Freistellen des Vereins für Lehrlinge von Mitgliedern zu erhalten und soll in den beiden Zeitungen die Bewerbung um dieselben besonders ausgeschrieben werden. — 2) Durch Vermittelung der hiesigen Handelskammer ersucht die Handelskammer zu Bielefeld den Verein um die Berichte von 1863 und 1865; dieselben sind abgesandt worden. — 3) Der Vorstand hat auf eine Anfrage des Kaufmannschafts-Vereins zu Münster über die Handhabung der Einschätzung zur Gewerbesteuer in Breslau und Umgegend ein ausführliches Antwortschreiben an denselben abgehen lassen. — 4) Das Büreau des Hauses der Abgeordneten theilt antwortlich der am 18. Dezember v. J. eingebrachten Petition des Vereins, den Gewerbebetrieb der Versicherungs-Agenten betreffend, demselben mit, daß das Haus durch die Beschlüsse seiner Commission für Handel und Gewerbe, die Petition durch Annahme des anliegenden Gesetz-Entwurfes für erledigt erkläre. Dieser Gesetz-Entwur, lautet: § 1. Beamte, Haupt- und Unter-Agenten von Versicherungsgesellschaften können nun fortan auch außerhalb ihres Wohnortes umherziehend Versicherungen aufnehmen. Dieser Gewerbebetrieb ist den Bestimmungen des Regulativs vom 28. April 1824 über den Gewerbebetrieb im Umherziehen u. s. w. (Gesetz-Sammlung S. 125) nicht unterworfen. Leider ist bekanntlich die Einführung dieses Entwurfes inzwischen an dem Beschlusse des Herrenhauses gescheitert. — 5) Der Vorstand hat auf Anregung des Kattowitzer Gewerbe-Vereins ein selbstständiges Gesuch an den Herrn Handelsminister gerichtet, dessen Petitum einen möglichst niedrigen Eingangszoll auf die Producte der oberschlesischen Industrie, sowie auf die wichtigsten Erzeugnisse der übrigen schlesischen Industrien, bei Revision der Handelsverträge mit Oesterreich, anstrebt. — 6) Die hiesige Handelskammer ersuchte den Vorstand um ein Referat über das Gedeihen und die Thätigkeit des kaufmännischen Vereins im Jahre 1866, behufs Aufnahme in ihren Hauptbericht. Dies ist bereits besorgt worden. — 7) Der Chemiker C. Dellen sendet dem Verein einige Firmen-Schilder, deren Buchstaben aus einer neu von ihm erfundenen aus Steinkohlen dargestellten Masse gegossen sind, zur Ansicht und empfiehlt sich in einem Anschreiben dem kaufmännischen Publikum. — 8) Einem an den Vorstand von einem hiesigen Kaufmann gerichtetes Gesuch um eine Unterstützung kann vom Vereine, auf Grund der Statuten, nicht entsprochen werden. — 9) Eine Einlage des Fragekastens: „warum sind auf der Oberschlesischen Eisenbahn die verlangten und von der Direction bereits in Aussicht gestellten Tagesbillets noch nicht eingeführt?" soll auf Antrag des Hrn. Köbner in nächster Sitzung besprochen werden. (Soweit Referent unterrichtet ist, soll diesem Wunsche in dem nächstens erscheinenden Tarife in der umfassendsten Weise Rechnung getragen werden.) — 10) Eine Petition des Handlungshauses Gehe u. Co. in Dresden an das sächsische Ministerium des Innern, Abtheilung für Arbeiten, Gewerbe und Handel, wegen beiderseitiger Aufhebung event. Ermäßigung der Zölle auf Droguen und Chemicalien im Verkehre des Zollvereins mit Oesterreich, soll nächstens besprochen werden. — 11) Endlich kommt ein an den Verein gerichtetes Schreiben eines für Handel und Industrie sachkundigen ungarischen Grafen zur Verlesung, welches das Interesse des Handelsstandes bezüglich der öffentlichen Meinung auf die Errichtung eines preußischen General-Consulates in Pest hinlenkt. Diesen Gegenstand halten wir in der That als höchst wichtig. Zu den ersten Bedingungen einer gedeihlichen Handelsverbindung mit einem fremden Staate gehört neben den schnellen und billigen Transportmitteln namentlich eine gesicherte, gute Rechtspflege und wo diese mangelhaft ist, eine Consular-Vertretung. Der letztere Fall — so scheint es uns — liegt bei Ungarn vor: wir finden hier weder das deutsche Handelsgesetzbuch noch die deutsche Wechselordnung in Kraft. Nationale Rechtsanschauungen, wo der Richterstuhl auf Erbfolge übergeht, welche den kaufmännischen Begriffen der übrigen handeltreibenden Nationen nicht conform sind, legen auf jedes nach Ungarn gemachte Geschäft ein Risico, welches den möglichen Gewinn überschreitet, und so sehen wir dieses blühende, fruchtbare Land mit seiner unläugbar höchst begabten Bevölkerung inmitten civilisirter Staaten vernachlässigt, in seinen Verkehrswegen ohne regelmäßigen Abzug für seine überreiche landwirthschaftliche und metallurgische Production, bei seinen nicht zur Verwerthung kommenden Schätzen zu arm, um für fremde Industrien als bedeutender Consument im internationalen Verkehr aufzutreten. Die österreichische Politik hat neuerdings Ungarn eine gewisse Selbstständigkeit wiedergegeben. Dieser Umschwung kann, namentlich für den benachbarten schlesischen Handelsstand, zu welchem Ungarn Sympathien fühlt, von großem Vortheile sein und einen lebhaften Waarenaustausch zur Folge haben. Breslau, das seit Jahrzehnten auf eine Enschädigung für seine Abgeschlossenheit im Verkehre vergeblich gehofft und für welches auch die Verträge mt Frankreich und Italien keinen directen Nutzen gehabt haben, kann hier als erster deutscher Handelsplatz die Producte Ungarns aufstapeln und den Bezug der von den norddeutschen Häfen kommenden Import-Waaren der deutschen und englischen Industrie-Erzeugnisse für Ungarn und weiter hinaus vermitteln. Unsere Kaufmannschaft hat also hauptsächlich ein Interesse an einer consularischen Vertretung, welche bei einiger Liebe für die Sache nicht nur dem Ausländer zu seinem Rechte verhilft, wenn ihm dasselbe durch nationale divergirende

Rechtsbegriffe verkümmert wird, sondern auch befruchtend auf die Entwickelung von neuen Verbindungen, Straßen und Eisenbahnen ꝛc. einwirkt. Die Besprechung über dieses Schreiben soll nochmals auf die nächste Tages-Ordnung kommen.

Breslau, 13. März. [Polizeiliches.] Gestohlen wurde: Reuschestraße Nr. 4 16 Pfund Roggenmehl. Flurstraße 3 ein rothbrauner Ueberzieher mit schwarzem Sammetkragen und schwarzem seidenen Futter, in den Taschen desselben befand sich ein weißes Taschentuch gez. W. R. und ein Paar Handschuhe.

Verloren wurde: 1 schwarzbrauner Pelzkragen mit schwarzer Seide gefüttert. Zwei Brieftaschen, eine derselben enthielt einen Militärpaß und ein altes Wanderbuch, beide Schriftstücke auf den Maurergesellen Ernst Merkel lautend; in der anderen Brieftasche befanden sich mehrere auf den Tagearbeiter Franz Jendrasch lautende Atteste.

Gefunden wurde: 1 Damentasche von braunem Leder, in welcher sich ein Paar schwarze Glacee-Handschuhe und 1 Schlüssel befinden. Ein schwarzbrauner wollener Regenschirm mit Horngriff.

[Außergewöhnlicher Todesfall.] Am 11. d. M. Morgens wurde der Diener einer am Oberschlesischen Bahnhofe wohnenden Herrschaft, in seinem Zimmer entseelt im Bette liegend gefunden. Derselbe hatte anscheinend durch Einathmen von Kohlenoxydgas, das während der vergangenen Nacht durch Ausströmen aus dem geheizten Ofen in das Zimmer gedrungen war, seinen Tod gefunden. (Fremdenbl.)

Angekommen: Wehrmann, Geh. Ober-Reg.-Rath und Präsident des königl. Landesökonomie-Collegiums aus Berlin.

---

† [Von den äußeren Promenaden.] Der früher allgemein herrschende Glaube, daß größere Bäume nicht zu versetzen seien, ist durch die in der Neuzeit gemachten glücklichen Versuche auf's Ueberraschendste widerlegt worden. Man war anfänglich der Meinung, daß das Umsetzen nur im strengsten Winter ermöglicht werden könne, weil durch die gefrorene zusammenhängende Erde die Wurzeln der umgegrabenen Bäume unversehrt blieben; doch ist auch diese letztere irrige Ansicht beseitigt und sind die in der Frühjahrszeit vorgenommenen Ausgrabungen von älteren Bäumen — oft schon von beträchtlichem Durchmesser und ohne das die Wurzeln umgebende Erdreich — vollkommen geglückt. Die großartigsten Resultate in dieser Beziehung hat bekanntlich Fürst Pückler in Muskau und Branitz bei Crossen erzielt, indem er die sterilsten, baumlosesten Ebenen in kürzester Zeit mit den schönsten Parkanlagen versehen hat. Auch unser Stadtgärtner, Herr Lösener, hat durch das im vorigen Jahre erfolgte Umsetzen der wegen des Canalbaues am Lehmdamm ausgegrabenen alten Linden nach dem Schweidnitzer-Stadtgraben einen mit Erfolg gekrönten Beweis geliefert. Die jetzt hervorsprossenden Knospen geben die sichersten Anzeichen, daß diese schönen Bäume uns erhalten sind und bedurfte es der größten Sorgfalt und Pflege während der Hitze im vorigen Sommer, daß das Gedeihen dieser alten Bäume gefördert werden konnte. Da dieses Experiment mit so glänzendem Erfolge begleitet war, so läßt sich erwarten, daß an allen übrigen baumlosen passenden Stellen ein gleiches Verfahren beobachtet werden wird. Schon in vielen volkreichen Städten Europa's sind öffentliche Plätze und Promenaden mit alten Bäumen bepflanzt worden, was um so mehr anzuerkennen ist, da bekanntlich durch den Lebensproceß der Bäume die Luft in einem gesunden Zustande erhalten wird. — An den Anschüttungen des Stadtgrabens sind außer den vorerwähnten Lindenbäumen noch vom Ohlauer-Thore bis zur Taschenstraße an der äußern Promenade hochstämmige Birken, und von da ab, um eine Abwechselung herbeizuführen, bis zum Schweidnitzer-Thore Gleditschien am Rande der äußeren Böschung angepflanzt worden. Diese letzteren, bisher noch wenig in Schlesien cultivirten Bäume, zeichnen sich durch ihren Laubschmuck und schnelles Wachsthum aus und versprechen mit der Zeit zu stattlichen Bäumen heranzuwachsen, so daß die äußere Promenade in Bezug auf schöne Bäume in Zukunft mit der innern wetteifern wird. Die Gleditschien zeichnen sich außerdem noch durch ihre großen, mehrere Zoll langen verästelten Dornen aus, wodurch sie im Volksmunde den Namen Christusdornenbaum erhalten haben, indem fälschlich die christliche Mythe annimmt, daß aus den Dornen dieses Baumes die Dornenkrone Christi gefertigt sein soll, doch ist erweislich, daß Nordamerika das Vaterland der Gleditschie ist. Einen höchst interessanten Anblick gewähren im Herbst die weiblichen Bäume durch ihre zahlreichen, über 1 Zoll breiten und über 1 Fuß langen, hin und her wellig geschlungenen Hülsen (Schoten). Auf unserer Promenade befinden sich am Fuße der Taschen-Bastion einige sehr stattliche Exemplare von Gleditschia triacanthos L. — Von der Kürassier-Kaserne bis zum Nikolai-Thore sind längs des Stadtgrabens junge hochstämmige Platanenbäumchen (Platanus occidentalis L.) aus der städtischen Baumschule angepflanzt worden. Im Laufe dieses Frühjahrs soll eine zweite Reihe dergleichen Bäume gesetzt werden, damit eine Allee gebildet wird, die sich längs des Fahrdammes an der äußeren Promenade hinzieht. Die noch vereinzelt stehenden Trauerbirken bleiben erhalten. — Wegen der anhaltend nassen Witterung ist der Fußweg auf den Anschüttungen der äußeren Promenade so erweicht, daß sich die Promenaden-Deputation veranlaßt gesehen hat, eine Lage von Bauschutt aufwerfen zu lassen, auf welche wiederum eine dicke Lage von gelbem Flußsand gestreut ist. Gegenwärtig sind die Gefangenen aus dem städtischen Arbeitshause mit der Ausführung dieser zweckmäßigen Arbeit beschäftigt.

⊙ **Vom Isergebirge**, 10. März. [Was Noth thut?] Je mehr sich die schlesische Gebirgsbahn ihrer Vollendung nähert, desto sehnsüchtiger schauen wir armen Bewohner des Queis- und Schwarzbachthales nach unserem Bahnhof Rabishau hin, der gern unserem Personen- und Güterverkehr dienen möchte, der uns so nahe liegt und doch beinahe werthlos für uns ist, da der Weg von Friedeberg nach Rabishau auch heute noch den allerbescheidensten Ansprüchen an eine öffentliche Straße nicht genügt, ja den größten Theil des Jahres für schweres Fuhrwerk geradezu unfahrbar ist! Alle unsere Wehe- und Hilferufe verhallten bisher, wenn nicht ungehört, doch mindestens unerhört. Von Reibnitz nach Warmbrunn wird eine prachtvolle, höchst kostspielige Chaussee gebaut; — bei uns heißt's: „helft euch selbst, so hilft euch Gott!" Der Rath ist auch gar nicht so schlecht, wenn er nur allseitig befolgt werden möchte. Aber daran fehlt es leider in hohem Grade. Der Löwenberger Kreistag hat wohl ein paar hundert Thaler als Beihilfe zur Instandsetzung der Friedeberg-Rabishauer Straße gewährt und Dorfgemeinden und Private zeigten sich willig, mit Fuhren und Geldbeiträgen das Werk zu fördern, so daß denn auch im vorigen Jahre trotz der Kriegsaffairen wenigstens ein Stückchen von Rabishau aus fahrbar gemacht worden ist. Aber jetzt handelt es sich um rüstige Fortsetzung und glückliche Vollendung des angefangenen Werkes und dazu bieten sich — Gott sei's geklagt! — vorläufig noch keine günstigen Aussichten dar. Hat doch die Commune Friedeberg sich nicht einmal zur Hergabe von 200 Thlr. verstanden, sondern aus allerlei Gründen jede Hilfe abgelehnt. Wie heiß ist die Gebirgsbahn von uns Allen ersehnt worden; wie hofften auch Friedeberg's Bewohner, durch einen Schienenweg aus ihrer bisherigen Isolirtheit heraus und in einen lebendigen Organismus des öffentlichen Verkehrs überzutreten. Und jetzt sollten die Väter der Stadt Friedeberg wirklich nicht das kleinste Opfer bringen wollen, um die Eisenbahn für sich und ihre Kinder nutzbar zu machen?! Sie sollten nicht einsehen, daß erleichterter Verkehr nicht dem oder jenem Einzelnen, sondern der Allgemeinheit zu Gute kommt? Sie sollten die Gegenwart darben und verkommen lassen, um für spätere Zeiten und zu anderen Zwecken Capitalien zu sammeln? Hier heißt es: das Eine thun und das Andere nicht lassen! Gute Wege von auswärts zur Stadt und gutes Pflaster in der Stadt, — Beides ist gleich nothwendig! — Wir geben uns der Hoffnung hin, daß Magistrat und Stadtverordnete Friedebergs in Gemeinschaft mit der Greiffensteiner Polizei-Verwaltung einmüthig und rüstig den Bau der Ratishauer Straße in die Hand nehmen ein Comite bilden und die ganze dabei interessirte Umgegend mit heranziehen werden, um einmal zu zeigen, was rechter Bürgersinn durch Selbsthilfe vermag! Wir sind überzeugt, daß Außerordentliches geleistet werden könnte, wenn der Wille dazu vorhanden wäre und der rechte Geist sich der Sache bemächtigte. Um Eins aber möchten wir schließlich bitten: Warte man nur um's Himmelswillen nicht auf die Zittau-Liegnitzer Bahn; bei ihr gilt sicher das jetzt so häufig gehörte Wort: es muß doch nicht gleich sein?!

✓ **Wohlau**, 11. März. [Die 20. General-Versammlung des hiesigen Vorschuß-Vereins war gestern recht zahlreich vertreten. In derselben wurde der Jahresbericht für das Ende Februar d. J. beendete 5. Geschäftsjahr vorgelegt, die Dividende festgestellt und die Neuwahl des Vorstandes, der Revisions-Commission und des Ausschusses vollzogen. Aus dem Jahresbericht entnehmen wir Nachstehendes: Gegenwärtig gehören dem Vereine 777 Mitglieder an. Der Ausschuß erledigte in seinen Wochensitzungen 644 neue Anträge und 3883 Prolongationen; zusammen 4527 Vorschußgesuche, deren Gesammt-Geldbetrag 306,197 Thaler beträgt. Die Gesammt-Einnahme betrug 413,466 Thlr. 25 Sgr. 7 Pf. und die Gesammt-Ausgabe 409,666 Thlr. 2 Sgr. 5 Pf., so daß ein Bestand verbleibt von 3800 Thlr. 23 Sgr. 2 Pf. Der Gewinn beträgt an Zinsen für Vorschüsse, Verkauf von Quittungsbüchern ꝛc. 5712 Thlr. 7 Sgr. 10 Pf., von welchem nach Abzug der Zinsen für aufgenommene Darlehne, Remunerationen und anderweitigen Geschäftskosten ein Reingewinn von 3120 Thlr. 26 Sgr. 8 Pf. verbleibt. — Derselbe gewährt den Mitgliedern eine Dividende von 8⅓ % und dem Reservefond eine Verstärkung von 63 Thlr., 12 Sgr. 6½ Pf. Sämmtliche Mitglieder des Vorstandes, der Revisions-Commission und des Ausschusses wurden für das neu begonnene sechste Geschäftsjahr fast einstimmig wieder gewählt.

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grd. in Pariser Linien, die Temperatur der Luft nach Reaumur.	Barometer.	Luft-Temperatur.	Windrichtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 12. März 10 U. Ab.	330,69	—3,6	NO. 2.	Trübe.
13. März 6 U. Mrg.	331,97	—6,0	NO. 2.	Bewölkt.

Breslau, 13. März. [Wasserstand.] O.-P. 17 F. 1 Z. U.-P. 3 F. 11 Z.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Wien, 13. März. **Die „Presse" erfährt als das einzig Verläßliche bezüglich des neuesten Standes der orientalischen Frage, daß der Vorschlag Frankreichs auf Vereinigung von Thessalien, Epirus und Candia mit Griechenland die Zustimmung Englands nicht gefunden habe und auch in Wien nicht beifällig aufgenommen worden sei.** (Wolff's T. B.)

Magdeburg, 12. März. Bei der Nachwahl zum Reichstage im Kreise Neuhaldensleben-Wolmirstedt erhielt in der Stadt Neuhaldensleben v. Forckenbeck 584, Nathusius 184 Stimmen, in der Stadt Wolmirstedt v. Forckenbeck 266, Nathusius 128, in den Dörfern Kolbitz, Rogätz und Ebendorf v. Forckenbeck 613, Nathusius 19. Im Ganzen sind mithin bis jetzt für v. Forckenbeck 1463, für Nathusius 331 Stimmen ermittelt. Die Resultate aus den übrigen Wahlorten sind noch nicht bekannt.

Kiel, 11. März. Zufolge hier eingetroffener Nachricht ist die Herzogin von Schleswig-Holstein-Augustenburg heute Morgen auf Primkenau gestorben. (Hamb. Nachr.)

München, 12. März. Gutem Vernehmen nach werden in der zweiten Hälfte dieses Monats in Mannheim Bevollmächtigte der Regierungen von Baiern, Baden und Hessen zusammentreten, um über gemeinsame Maßregeln gegen die Einschleppung der Rinderpest zu berathen.

Kopenhagen, 12. März. Morgen wird dem Landsthing ein Gesetz bezüglich der Uebernahme der Regentschaft seitens des Kronprinzen während der Reise des Königs nach London vorgelegt werden.

Handel, Gewerbe und Ackerbau.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

Paris, 12. März, Nachm. 3 Uhr. Die Haltung der Börse blieb träge. Die 3% schloß zu 70, 00. Consols von Mittags 1 Uhr waren 91⅝ gemeldet. An der Börse ging das Gerücht, Holland wolle Luxemburg gegen eine Geldentschädigung an Frankreich abtreten. — Schluß-Course: 3proc. Rente 70, —. Italien. 5proc. Rente 54, 25. 3proc. Spanier —. 1proc. Spanier —. Oesterreich. Staats-Eisenbahn-Actien 413, 75. Credit-Mobilier-Actien 503, 75. Lombard. Eisenbahn-Actien 420, —. Oesterr. Anl. von 1865 pr. cpt. 332, 50. 6proc. Ver. St.-Anl. von 1882 (ungestempelt) 84.

London, 12. März, Nachm. 4 Uhr. Wetter kalt. — Schluß-Course: Consols 91¼. 1proc. Spanier 31¼. Sardinier 73⅛. Italien. 5proc. Rente 53⅛. Lombarden 16⅝. Mexicaner 17½. 5proc. Russen 87¼. Neue Russen 88¾. Silber 60¾. Türkische Anleihe 1865 30. 6proc. Verein. St.-Anleihe pr. 1882 74⅛. Hamburg 3 Monat 13 Mk. 8½ Sch. Wien 13 Fl.

Frankfurt a. M., 12. März, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Oesterreichische Effecten flau. Schluß-Course: Preußische Kassenscheine 105. Berliner Wechsel 104⅛. Hamburger Wechsel 88⅝. Londoner Wechsel 119⅛. Pariser Wechsel 94⅝. Wiener Wechsel 92¾. Finnländische Anleihe 85. Neue Finnländ. 4½% Pfandbriefe —. 6% Verein. Staaten-Anl. pro 1882 77½. Oesterr. Bankantheile 684. Oesterr. Credit-Actien 171½. Darmstädter Bankactien 210 B. Meininger Credit-Actien —. Oesterr.-Franz.-Staats-Eisenbahn-Actien —. Oesterreichische Elisabetbahn —. Böhmische Westbahn —. Rhein-Nahebahn —. Ludwigshafen-Bexbach 157. Hessische Ludwigsbahn 134¼. Darmstädter Zettelbank 246½. Oesterr. 5% steuerfr. Anl. —. 1854er Loose —. 1860er Loose 69¼. 1864er Loose 75. Badische Loose 53½ B. Kurhessische Loose 55⅛. 5% österr. Anleihe von 1859 62⅝. Oesterr. Nat.-Anl. 54¼. 5% Metalliques —. 4½% Metalliques 40½ B. Baiersche Prämien-Anleihe 99⅝.

Frankfurt a. M., 12. März, Vorm. Die Frankfurter Bank setzt den Discont von morgen ab von 3½ auf 3 Procent herab.

Wien, 12. März. [Abend-Börse.] Credit-Actien 185, 50. Nordbahn 163, 50. 1860er Loose 87, 40. 1864er Loose 80, 00. Staatsbahn 209, 90. Galizier 220, 50. Czernowitzer —. Steuerfreies Anlehen —. Schwankend.

Hamburg, 12. März, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. Fonds ruhig, Valuten sehr fest. Hamburger Staats-Prämien-Anleihe 90¼. Schluß-Course: National-Anleihe 55½. Oesterreich. Credit-Actien 73⅛. Oesterr. 1860er Loose 68⅝. Mexicaner —. Vereinsbank 109⅝. Norddeutsche Bank 120⅝. Rheinische Bahn 116½. Nordbahn 80⅝. Altona-Kieler 130¾. Finnländ. Anleihe 81⅞. 1864er Russ. Prämien-Anleihe 85¾. 1866er Russ. Prämien-Anleihe 83⅞. 6proc. Verein. Staaten-Anleihe pr. 1882 70⅛. Disconto 1¾ pCt.

Hamburg, 12. März. [Getreidemarkt.] Weizen loco ruhig, pr. März 5400 Pfd. netto 149 Bancothaler Br., 148 Gld., pr. Frühjahr 145½ Br., 145 Gld. Roggen loco fest, Termine fester, pr. März 5000 Pfd. Brutto 91 Br., 89 Gld., pr. Frühjahr 87½ Br., 87 Gld. Hafer fester gehalten. Oel fest, loco 25, pr. Mai 25¼, pr. Octbr. 26. Spiritus sehr stille, unverändert. Kaffee und Zink ohne Umsatz. — Schneefall.

Liverpool, 12. März, Mittags. Baumwolle: 8000 Ballen Umsatz. Fest. Middling Amerikanische 13, middling Orleans 13½, fair Dhollerah 11¼, good middling fair Dhollerah 10¾, middling Dhollerah 10¼, Bengal 8, good fair Bengal 8¾, Scinde —, Domra 11¾, Pernam 14¾, Egyptian 16¼.

Antwerpen, 12. März. Petroleum, raff. Type, weiß, 48 Francs per 100 Ko.

Paris, 12. März, Nachmittag 3½ Uhr. Rüböl pr. März 94, 00, pr. Mai-August 96, 50, pr. September-Dezember 96, 00. Mehl pr. März 71, 00, pr. Mai-Juni 72, 50. Spiritus pr. März 59, 50

Bei der am 11. März fortgesetzten Ziehung der Hannoverschen Lotterie 5. Klasse fielen nachstehende größere Gewinne:

1000 Thlr. auf Nr. 7181. 13636.

400 Thlr. auf Nr. 353. 8161. 8729. 9803.

200 Thlr. auf Nr. 5774. 6218. 10525. 13129.

100 Thlr. auf Nr. 4594. 9623. 2315. 128. 4098. 2950. 11029. 10402. 4418. 12287. 12313. 2498. 8613. 5932. 9981.

50 Thlr. auf Nr. 4013. 5014. 10183. 4987. 7980. 7697. 7647. 7936. 3091. 9255. 13006. 13007. 7785. 3683. 376. 8983. 11686. 2903. 11829. 8725.

Berlin, 11. März. [Viehmarkt.] An Schlachtvieh waren heute auf hiesigen Viehmarkt zum Verkauf angetrieben:

1656 Stück Hornvieh. Der Markt hatte um ca. 100 Rinder eine größere Zufuhr als vorwöchentlich; die Nachfrage vom Platz und Umgegend stellte sich zur Waare nur sehr mittelmäßig heraus und die Exportverkäufe beschränkten sich in Folge der ungünstigen Berichte aus England und Hamburg nur auf kleine Ankäufe: die letzten Notirungen veränderten sich daher wenig, so daß 1. Qualität mit 16—17 Thlr., 2. mit 13—15 und 3. mit 8—10 Thlr. per 100 Pfd. Fleischgewicht bezahlt wurde.

3157 Stück Schweine; der Handel bewegte sich in den vorwöchentlichen Grenzen, ohne daß die Preise mehr anzogen: der Markt wurde von der Waare ziemlich geräumt und feinste beste Waare erreichte den Preis von 16—17 Thlr., mittel 15 Thlr. und ordinäre 13 Thlr. per 100 Pfd. Fleischgewicht.

4503 Stück Schafvieh. Gegen vorwöchentlich waren ca. 1000 Hammel mehr auf den Markt gekommen, und da größerer Bedarf für Platz und außerhalb ganz fehlte, limitirten sich die Preise sehr gedrückt; für kahle Hammel ließen sich sehr schwer Käufer finden und der Markt wurde von der Waare nicht geräumt; für 50 Pfd. Fleischgewicht fetter schwerster Waare wurden 8 Thlr. und für 40 Pfd. 6½ Thlr. gewährt.

1076 Stück Kälber, für den Bedarf eine zu reichliche Zufuhr, so daß die Waare zu sehr mittelmäßigen Preisen verkauft werden mußte.

Nach Wiener Mittheilungen hat die Subscription auf die neuen österreichischen Staatsdomainen-Pfandbriefe auch am 2. und 3. Zeichnungstage einen guten Fortgang gehabt. Man nimmt in competenten Kreisen an, daß auf allen Plätzen zusammen bereits am zweiten Tage die ganze aufgelegte Summe von 500,000 Stück gezeichnet war, während für den letzten Subscriptionstag (9. März) die größten Zeichnungen erwartet wurden. Details fehlen noch; nur das wird uns berichtet, daß allein auf den österreichischen Plätzen bis zum Abend des 9. März 150,000 Stück = 45 Millionen Francs gezeichnet worden waren.

Submissionen. Königliche Ostbahn. Beschaffung von 2430 Stück schmiedeeisernen Siederöhren in verschiedenen Längen und von verschiedenen Durchmessern. Termin auf dem Bureau des stellvertretenden Ober-Maschinenmeisters Graef zu Bromberg (Bahnhof): 21. März.

Königliche Ostbahn. Lieferung von 65 Last New-Pelton-Main- oder Leversons-Wallsend-Gas-Kohlen zum Betriebe der königl. Gas-Anstalt auf Bahnhof Eydtkuhnen. Termin vor der 6. Betriebs-Inspection der königlichen Ostbahn zu Insterburg: 28. März.

Magistrat der Stadt Königsberg i. Pr. Lieferung des Steinkohlen-Bedarfs pr. 1867 für die städtische Gas-Anstalt zu Königsberg i. Pr., bestehend in 34,000 preuß. 4-Scheffeltonnen Pelton-Main-Kohle, 16,000 preuß. 4-Scheffeltonnen Leverson-Wallsend. Termin in Königsberg: 18. März.

Königliche Gewehr-Fabrik zu Spandau. Lieferung von circa 3000 Scheffeln Schmiedesteinkohlen, 21,000 Scheffeln Holzkohlen, 60 Klaftern kiehnen Klobenholz und 4 Klaftern kiehnen Knüppelholz. Termin in Spandau: 23. März.

Gewerkschaftliche Ober-Berg- und Hütten-Direction zu Eisleben. Lieferung von 19 Stück Dampfkesseln zu 4 Atmosphären Ueberdruck zu mehreren neuen Schacht-Anlagen. Termin in Eisleben: 20. März.

Gewerkschaftliche Ober-Berg- und Hütten-Direction zu Eisleben. Für die im Bau begriffenen Schwefelsäurekammern der Kupferkammerhütte bei Hettstedt (2 Meilen von den Bahnhöfen Aschersleben und Eisleben) werden circa 3000 Ctnr. Blei in Blechen à 6, 12 und 18 Pfd. pro Quadratfuß und in gezogenen Röhren gebraucht.

Berliner Börse vom 12. März 1867.

Fonds- und Geld-Course.

Freiw. Staats-Anl. . .	4½	100 bz.
Staats-Anl. von 1859	5	104 bz.
dito 1850. 52	4	91⅜ bz.
dito 1853	4	91⅜ bz.
dito 1854	4½	100¼ bz.
dito 1855	4½	100¼ bz.
dito 1856	4½	100¼ bz.
dito 1857	4½	100¼ bz.
dito 1859	4½	100¼ bz.
dito 1864	4½	100¼ bz
Staats-Schuldscheine	3½	84⅛ bz.
Präm.-Anl. von 1855	3½	121¾ bz.
Berliner Stadt-Oblig.	4½	99½ G.
Pfandbriefe. Kur- u. Neumärk.	3½	79¼ bz.
Pfandbriefe. Pommersche	3½	78½ B.
Pfandbriefe. Posensche	4	— — —
Pfandbriefe. dito	3½	— — —
Pfandbriefe. dito neue . . .	4	88⅞ bz
Pfandbriefe. Schlesische	3½	— — —
Rentenbriefe. Kur- u. Neumärk.	4	92 bz.
Rentenbriefe. Pommersche . . .	4	91¾ bz.
Rentenbriefe. Posensche	4	90¼ bz.
Rentenbriefe. Preussische	4	91 G.
Rentenbriefe. Westph. u. Rhein.	4	96½ bz.
Rentenbriefe. Sächsische	4	93 B
Rentenbriefe. Schlesische	4	93 bz.

Louisd'or 111¼ B. | Oest. Bk. 79⅞ bz.
Goldkr. 9. 8½ G. | Poln. Bkn. — — —

Ausländische Fonds.

Oesterr. Metalliques.	5	48½ B.
dito Nat.-Anl. . .	5	56 bz.
dito Lot.-A.v.60	4	69½ bz.
dito dito 64	—	43 G.
dito 54er Pr.-A.	4	61¼ G.
dito Eisenb.-L.	—	70 bz
Ital. neue 5proc. Anl.	5	54¼ bz.
Russ. Engl. Anl. 1862	5	86⅞ bz.
dito Holl. Anl. 1864	5	87½ G.
dito Poln. Sch.-Obl.	4	63½ et.bz.u.G.
Poln. Pfandbr. III. Em.	4	57¼ bz.
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	91½ etw. bz.
dito à 300 Fl.	5	91 G.
Kurhess. 40 Thlr. Obl.	—	55½ B.
Baden. 35 Fl. Loose	—	30½ G.
Amerikan. St.-Anl. . .	6	78 à 77⅞ bz.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märkische	4½	— — —
dito II.	4½	— — —
dito IV.	4½	95 bz.
dito III.v.St.3½g.	3½	78⅜ bz.
Cöln-Minden	4½	99½ G.
dito II.	5	102¼ G.
dito	4	87¾ B.
dito III	4	86 bz.
dito	4½	96 bz.
dito IV.	4	85¼ B.
dito V.	4	85⅛ G.
Cos.-Oderb. (Wilh.) .	4	82 bz.
dito III. Em	4½	— — —
Gal. Ludwigsb.	5	79 etw. bz.
Niederschl.-Märk. . . .	4	— — —
dito conv.	4	90½ G.
dito III.	4	— — —
dito IV.	4½	— — —
Ndschl. Zweigb. L. C.	5	100⅝ bz.
Oberschles. A.	4	— — —
dito B.	3½	— — —
dito C.	4	— — —
dito D.	4	— — —
dito E.	3½	79½ G.
dito F.	4½	95 G.
dito G.	4½	— — —
Oest.-Franz.	3	245½ bz. u B.
Oest. südl. St.-B. . . .	3	229 bz.
Rhein v. St. gar. . . .	4½	98 G.
Rhein-Nahe-B. gar. . .	4½	95 bz.

Eisenbahn Stamm-Actien

Dividende pro	1864.	1865.		
Aachen-Mastrich	—	—	4	33½ bz.
Amsterd.-Rottd.	7 19/20	7¼	4	100 bz.
Berg.-Märkische	7¼	9	4	150¼ bz.
Berlin Anhalt. . .	11⅝	13	4	220 bz.
Berlin-Görlitz. . .	—	—	4	65 bz.
dito St.-Prior.	—	—	5	97 bz. u. B.
Berlin-Hamburg.	10	9½	4	156½ G.
Berl.-Potsd.-Mgd.	16	16	4	207¼ bz.
Berlin-Stettin. . .	7⅝	8	4	138⅜ bz.
Böhm.-Westb. . .	5	—	5	62 G.
Breslau-Freib. . .	8⅔	9	4	138¼ bz.
Cöln-Minden. . . .	15⅝	17⅔	4	143¾ bz.
Cosel-Oderberg.	¾	2¼	4	55⅛ bz u. B.
dito St.-Prior.	—	—	4½	— — —
dito dito	—	—	5	— — —
Galiz. Ludwigsb.	9	5	5	87¾ bz.
Ludwigsh. Bexb.	9⅕	10	4	149 bz.
Magd.-Halberst. .	25	15	4	205 bz.
Magd.-Leipzig. . .	18¾	20	4	255 bz.
Mainz-Ludwigsh.	7½	8	4	130 bz.
Mecklenburger. .	3½	3	4	78 bz.
Neisse-Brieger.	4½	5 5/12	4	101½ bz.
Niedrschl. Märk.	4	—	4	91⅜ bz.
Niedrschl. Zwgb.	3⅔	3⅔	4	94½ bz.
Nordb. Fr.-Wilh.	4	4	4	81⅜ bz.
Oberschl. A. . . .	10	11⅔	3½	188⅜ bz.
dito B. . . .	10	11⅔	3½	161 bz. u. B.
dito C. . . .	10	11⅔	3½	188⅜ bz.
Oestr.-Fr. St.-B.	5	5	5	111¼ bz.
Oestr. südl. St.-B.	8	7½	5	111¼ bz.
Oppeln-Tarnow.	3¼	3¼	5	74 G.
Rheinische.	1¼	7	4	117¾ bz.
dito Stamm-Pr.	6¼	7	4	— — —
Rhein-Nahebahn	—	—	4	33 bz.
Stargard-Posen. .	3½	4½	4½	95 G.
Thüringer	8	—	4	135 bz. u. B.
Warschau-Wien.	7 11/12	8⅓	5	63½ bz.

Bank- und Industrie-Papiere.

Berl. Kassen-V. .	7 1/10	8¼	4	157 B.
Braunschw. B. .	—	—	4	94 bz. u. G.
Bremer Bank. . .	7 8/10	6½	4	117 G.
Danziger Bank .	7½	7 3/10	4	112 B.
Darmst. Zettelb.	8	7½	4	96⅛ B.
Geraer Bank . . .	8	7⅝	4	105 B.
Gothaer „	7	7½	4	99¾ B.
Hannoversche B.	5⅔	4	4	82½ G.
Hamb. Nordd. B.	7⅝	9	4	119½ B.
„ Vereins-B.	7 21/32	8 19/32	4	110 B.
Königsberger B.	6¾	6½	4	111 G.
Luxemburger B.	4	6	4	82 B.
Magdeburger B.	5 9/10	5½	4	94¼ G.
Posener Bank . .	7	6½	4	103¾ B.
Preuss. Bank-A.	10 19/20	10 14/15	4½	153¼ bz.
Thüringer Bank	4	4	4	65 G.
Weimar „	7	6½	4	92½ etw. bz. u. G.
Berl. Hand.-Ges.	8	8	4	107¾ etw. bz.
Coburg Credb. A.	8	8½	4	88½ G.
Darmstädter „	6	6½	4	82 bz.
Dessauer „	—	—	—	2¼ bz.
Disc. Com.-Anth.	6½	6½	4	102⅜ bz.
Genfer Credb.-A.	—	—	4	28½ bz.
Leipziger „	4	4	4	83¾ bz. u G.
Meininger „	7¼	7	4	95 etw. bz. u. G.
Moldauer Lds.-B.	—	—	4	20½ B.
Oesterr. Credb. A.	5	4½	5	74¼ à 73¾ bz.
Schl. Bank.-Ver.	6½	7½	4	115 G.
Minerva	—	1	5	37½ B.
Fbr. v. Eisenbdf.	8½	5½	5	118½ bz. u. B.

Wechsel-Course.

Amsterdam 250 Fl. . . .	10 T	143⅞ bz.
dito dito	2 M.	142⅞ bz.
Hamburg 300 Mk. . . .	8 T.	151⅝ bz.
dito dito	2 M.	151¼ bz.
London 1 Lst.	3 M.	6. 23¼ bz.
Paris 300 Frcs.	2 M.	80 11/12 bz.
Wien 250 Fl.	8 T.	79½ bz.
dito	2 M.	79 bz.
Augsburg 100 Fl. . . .	2 M	56. 24 bz.
Leipzig 100 Thlr. . . .	8 T	99⅝ G.
dito dito	2 M	99 5/12 G.
Frankfurt a. M. 100 Fl.	2 M	56. 24 bz.
Petersburg 100 S.-R. . .	3 W	93¾ bz.
dito dito	3 M	88½ bz.
Warschau 90 S.-R. . . .	8 T	81 bz.
Bremen 100 Thlr. Gold	8 T	110¾ bz.

Berlin, 12. März. Roggen loco 78—79pfd. 54½—55 Thlr, 78—80pfd. 55—¼ Thlr. — Rüböl loco 11 5/12 Thlr. Br. — Spiritus loco ohne Faß 16¾—⅝ Thlr. bez., pro März und März-April 16⅔ Thlr. Br., 7/12 Thlr. Gld., April-Mai 16⅝—17/24 Thlr. bez., ¾ Thlr. Br., ⅔ Thlr. Gld., Mai-Juni 16⅚—⅝ Thlr. bez., Juni-Juli 17⅛—⅙ Thlr. bez., Juli-Aug. 17⅜—5/12 Thlr. bez.

❖ **Breslau**, 13. März. Wind: Nord. Wetter: Frost. Thermometer Früh 5 Grad Kälte. Bei schwachen Angeboten und dem eingetretenen Frostwetter war feste Stimmung vorherrschend, Preise waren gut behauptet.

Weizen behauptet, pr. 84 Pfd. schlesischer weißer 82—96 Sgr., gelber 81—94 Sgr., feinste Sorte 2—3 Sgr. über Notiz bezahlt, galizischer und polnischer weißer 81—95 Sgr., gelber 80—93 Sgr., feinste Sorte über Notiz bezahlt. — Roggen mehr beachtet, pr. 84 Pfd. 66—70 Sgr., feinste Sorten über Notiz bezahlt. — Gerste mehr Frage, pr. 74 Pfd. helle 57—59 Sgr., gelbe 48—54 Sgr., feinste Sorten über Notiz bezahlt. — Hafer gefragt, pr. 50 Pfd. 31—34 Sgr., feinste Sorten 35 Sgr. bezahlt. — Erbsen stark offerirt. — Wicken offerirt. — Oelsaaten ohne Aenderung. — Lupinen schwach beachtet, pr. 50 Pfd. gelbe 40—48 Sgr., blaue 40—44 Sgr. — Schlesische Bohnen wenig beachtet. — Schlaglein gefragt. — Rapskuchen mehr beachtet, 49 bis 51 Sgr. pr. Ctnr.

	Sgr. pr. Schff.		Sgr. pr. Schff.
Weißer Weizen	81—89—95	Bohnen	70—80—90
Gelber Weizen	80—86—93	Sgr. pr. Sack à 150 Pfd. Brutto.	
Roggen	66—68—70	Schlag-Leinsaat	175—190—200
Gerste	48—54—59	Winter-Raps	184—194—204
Hafer	31—33—35	Winter-Rübsen	170—180—186
Erbsen	53—57—68	Sommer-Rübsen	148—155—164
Wicken	50—55—66	Leindotter	138—145—158

Kleesaat ohne bemerkenswerthe Aenderung, — rothe in feinen Sorten begehrt, ordinäre 13¼—14⅔ Thlr., mittle 15¼—16¾ Thlr., feine 17⅚ bis 19 Thlr., hochfeine 19⅓—19⅔ Thlr., weiße in feinen Sorten begehrt, ordinäre 13⅓—18 Thlr., mittle 20½—24½ Thlr., feine 26—28 Thlr., hochfeine 29—30 Thlr. pr. Ctr.

Thymothee beachtet, 10½—12 Thlr. pr. Ctr.

Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd. Netto 24—36 Sgr. Metze 1½—2 Sgr.

Verantwortlicher Redacteur Dr. Stein. In Vertretung: Dr. Weis.
Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.